

ePub^{WU} Institutional Repository

Herta Andiel and Carmen Cayuelas Franco

José Martí Denkén über Wirtschaft

Working Paper

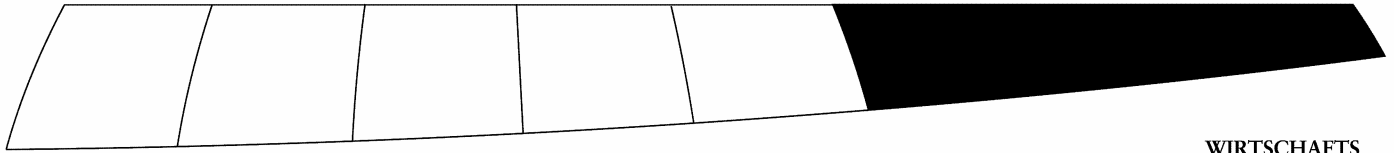
Original Citation:

Andiel, Herta and Cayuelas Franco, Carmen (2006) José Martí Denkén über Wirtschaft. *SRE - Discussion Papers*, 2006/04. Institut für Regional- und Umweltwirtschaft, WU Vienna University of Economics and Business, Vienna.

This version is available at: <http://epub.wu.ac.at/1482/>

Available in ePub^{WU}: June 2006

ePub^{WU}, the institutional repository of the WU Vienna University of Economics and Business, is provided by the University Library and the IT-Services. The aim is to enable open access to the scholarly output of the WU.



Institut für Regional- und Umweltwirtschaft
Institute of Regional Development and Environment



Herta Andiel, Carmen Cayuelas Franco

José Martí's Denken über Wirtschaft

SRE-Discussion 2006/04

2006

SRE

José Martí Denk über Wirtschaft¹

Herta Andiel, Carmen Cayuelas Franco

Einleitung	3
1. José Martí: Leben, Werk und Theorien	
1.1. José Martí Leben	4
1.2. Übersicht über José Martí Werke	6
1.3. Vorherrschende wissenschaftlich-politischer Diskurse in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts	8
1.4. Wirtschaftspolitische Kontext auf dem amerikanischen Kontinent zu Ende des 19. Jahrhunderts	9
1.5. Kuba: vom formalen Kolonialismus zum informellen Imperialismus	10
1.6. Politik des <i>Panamericanismo</i>	10
2. José Martí Denken	
2.1. José Martí zentrales Erkenntnisinteresse	13
2.2. Politisches Interesse José Martí	13
2.3. Wirtschaftliches Denken José Martí	17
2.3.1. Folgen bilateraler Außenhandelsabkommen für die Länder Lateinamerikas	18
2.3.2. Interventionismus des Staates	25
2.3.3. Erster Panamerikanischer Kongress in Washington, 1889	30
2.3.4. Internationale Währungskommission – <i>Comisión Monetaria Internacional</i> , 1891	33
3. Bedeutung der Wirtschaft für das zentrale Erkenntnisinteresse und das politische Interesse José Martí	39
4. Interpretation der Bedeutung von Wirtschaft	41
Zusammenfassung	43
Bibliographie	46

¹ Die vorliegende Arbeit entstand im Rahmen des Fachseminars „Wirtschaft denken, über Wirtschaft reden. Lateinamerikanische Zugänge zur Wirtschaft“ (Leitung: Andreas Novy) des Interdisziplinären Lehrgangs für Höhere Lateinamerika-Studien am Lateinamerika-Institut Wien, Januar 2006.

Abstract

José Martí (1853-1895) is well known as the spiritual leader of Cuban independence and revolution. The famous writer and intellectual has left a rich legacy of political commentaries, speeches, poems and letters. Many of these texts have been published in both, North and South America. This article examines José Martí's reflections on economic matters and dwells on the economic relevance of his political writings. His texts are contextualised in the specific Latin American conjuncture at the end of 19th century. From this point of view some of his most important texts have to be understood as political interventions in favour of national liberation. His specific understanding of economics as a matter of trade and commerce results in privileging certain topics, mainly problems related to free trade and an American monetary union. However, there is a systematic neglect for the relations of production.

Einleitung

Kein anderer ist in Kuba so allgegenwärtig wie José Martí (1853-1895): die Aura, die den Namen des Nationalhelden umgibt, ist im ganzen Land spürbar. Der internationale Flughafen von La Habana ist ebenso nach ihm benannt wie viele Straßen und Plätze auf der ganzen Insel. Unzählige Denkmäler in den Parks und weiße Büsten vor jeder Schule, Martí Zitate auf Plakaten, sein Bild auf Geldscheinen und Münzen verweisen permanent auf den *maestro, heroe, martir apostól*, wie er respektvoll auf der Insel genannt wird.

Das Bild José Martí's ist ein konkreter aktiver Faktor der kubanischen Gesellschaft, ihrer Selbstbestimmung und Politik. Martí wird seit der Revolution von 1959 (wie schon unter den früheren Regierungen des „unabhängigen“ Kubas) als Identifikations-, Legitimations- und Symbolfigur vereinnahmt. Sein Image wurde durch inszenierte Ikonographien (auf die er selbst bereits zu Lebzeiten achtete) nicht unwesentlich mit geprägt.

José Martí, ein körperlich zarter, feinsinniger Intellektueller, war der *autor intelectual de la revolución* von 1895. Wegen „konspirativer Tätigkeiten“ wurde er mehrmals ins Exil deportiert. Von New York aus bemühte er sich um einen Zukunftsentwurf für Lateinamerika, der auf politische, intellektuelle und wirtschaftliche Selbständigkeit zielte. Zum Zeitpunkt seines Todes waren seine

Schriften wegen der spanischen Zensur in Kuba kaum bekannt, aber im Exil war er der anerkannte Kopf der kubanischen Unabhängigkeitsbewegung. Sein Ruhm drang durch die Rückkehr kubanischer Emigranten aus dem Ausland nach Kuba (vgl. Ette, 1991: 22 f), wo sich bereits eine Art quasi-religiöser Verehrung unter seiner Anhängerschaft herausgebildet hatte. Zunächst war jedoch wenig Schriftliches von ihm bekannt. Martí verstand es, mit einer unglaublichen Wortgewalt die Zuhörer in seinen Bann zu ziehen, der ihm z.B. in Guatemala den Beinamen „*Doctor Torrente*“ einbrachte.

In dieser Arbeit wird zunächst sein kurzes Leben im Spannungsfeld der damaligen historischen Bedingungen Lateinamerikas und Europas dargestellt, d.h. wie nationale, kontinentale und globale Entwicklungen sein literarisches Werk, sein zentrales Erkenntnisinteresse, sein vielfältiges sozialpolitisches Interesse und die verschiedenen Aspekte seines wirtschaftlichen Denkens und Handelns prägten.

1. José Martí: Leben, Werk und Theorien

1.1. José Martí's Leben

José Julian Martí y Perez wurde am 28. Jänner 1853 in La Habana geboren. Im Gegensatz zu den meisten lateinamerikanischen Staaten war Kuba zu jener Zeit noch immer eine spanische Kolonie. Der Vater stammte aus Spanien, die Mutter von den Kanarischen Inseln. Aus wirtschaftlichen Gründen zog die Familie 1857 für zwei Jahre nach Spanien, kehrte dann aber wieder nach Kuba zurück, wo Martí seine Schulbildung absolvierte. Schockiert von den tiefen sozialen Missständen in der kubanischen Bevölkerung, besonders von der Marginalisierung der afrokubanischen Sklaven auf den *ingenios*, entwickelte sich sein Widerstand gegen die spanische Herrschaft, der durch die Impulse des Direktors des *Colegio El Salvador*, Rafael Maria de Mendive, einem glühenden Verfechter der kubanischen Unabhängigkeit, weiter vertieft wurde. Ende 1869, im zweiten Jahr des ersten kubanischen Unabhängigkeitskrieges, wurde Martí wegen seiner offenen Unterstützung Mendives und der Herausgabe regimekritischer Zeitschriften zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. 1871 wurde ihm die Reststrafe erlassen, und er wurde ins Exil nach Spanien geschickt, wo

Martí ein Jusstudium absolvierte und im Kreise der spanischen Liberalen für die kubanische Unabhängigkeit warb.

Als 22jähriger reiste er 1875 über Paris nach Mexiko, wo er seine Familie wiedertraf und seine spätere Frau Carmen Zayas Bazán, eine emigrierte Kubanerin, kennen lernte. Er arbeitete als Theater- und Kunstkritiker und Übersetzer. Diese Zeit in Mexiko konfrontierte ihn ständig mit den Problemen, die er später in „Nuestra América“ analysieren sollte. Er war betroffen von der Ausbeutung und Diskriminierung der indigenen Bevölkerung und der Arbeiter, der korrupten Oligarchie und den imperialistischen Intentionen der Großmächte, vor allem der USA.

Mit seiner Ehefrau kam er 1877 frisch verheiratet nach Guatemala, verließ dieses Land aber wegen der widrigen politischen Umstände ein Jahr später in Richtung Kuba, wo am 22. November 1879 sein Sohn José geboren wurde. Eine Arbeit als Anwalt wurde ihm verwehrt, weshalb er einen Büroposten und eine Stelle als Sekretär der Gesellschaft für Kunst und Literatur in *Guanabacoa* annahm, einem afrokubanischen Stadtteil von La Habana. Er intensivierte seine politische Arbeit, wurde 1879 erneut verhaftet und wieder nach Spanien deportiert. Von Madrid aus gelang es ihm aber bereits 1880, über Paris nach New York auszureisen, wohin er seine Familie nachkommen ließ. Er schrieb von New York aus für viele ausländische Zeitungen wie *La Nación* (Argentinien), *La Opinión Nacional* (Venezuela), *El Partido Liberal* (Mexiko), *La Opinión Pública* (Uruguay) usw. Daneben verfasste er mehrere literarische Werke, z.B. die Gedichtsammlung „*Versos sencillos*“. Sein intensives politisches Engagement stieß bei seiner Frau auf wenig Zustimmung und sie kehrte mit dem gemeinsamen Sohn wieder nach Kuba zurück.

Martí, der sich vor allem publizistisch betätigte, sah sich hauptsächlich als geistigen Führer, Erzieher und Revolutionär mit dem Ziel, seine Heimat Kuba von der spanischen Kolonialherrschaft zu befreien. Davon zeugen eine Unmenge von Briefen an Politiker, Militärs und andere einflussreiche Persönlichkeiten in den verschiedensten Ländern Amerikas und Europas, sowie seine revolutionären Schriften. Er entwickelte mit seinen Visionen ein zukunftsweisendes Identitätsdenken für den Kontinent, dessen Auswirkungen erst im 20. Jahrhundert voll wirksam wurden. Martí's belletristisches Werk nimmt jedenfalls nur einen kleinen Teil seiner umfangreichen Schriften ein: es sind vier Theaterstücke, drei Gedichtbände und ein Roman.

1892 gründete José Martí in New York die Partei *Partido Revolucionario Cubano*, die möglichst viele Gruppen der kubanischen Unabhängigkeitsbewegung umfassen sollte, und die Parteizeitschrift *La Patria*. Mit Hilfe der Ideen dieser neuen Partei und der sogenannten *guerra necesaria* sollte ein neues Volk und eine echte Demokratie geschaffen werden. Die Anhänger der neuen Partei kamen zwar aus allen gesellschaftlichen Schichten, aber gerade die analphabetischen Arbeiter im Exil, in erster Linie die Tabakarbeiter in Florida, unterstützten die Unabhängigkeitsbewegung auf intensive Weise. Von ihnen wurde auch ein Großteil der Mittel für den Unabhängigkeitskrieg aufgebracht. Sie begeisterten sich an Martí's Redekunst und für seine enthusiastische Kampagne zur Aufbringung von finanziellen Mitteln für den Kampf, die ihn in alle Zentren der kubanischen Emigration führte.

Im *Plan de Alzamiento de Fernandina*, der einen Angriff auf Kuba mit drei gut ausgerüsteten Schiffen vorsah, versprach Martí die neutral gesinnten Spanier zu schonen, privates Eigentum zu respektieren, kurz - eine *guerra cordial* zu führen, denn die Revolution hatte zum Ziel, ein Kuba ohne Segregation oder Diskriminierung einzelner sozialer oder ethnischer Gruppen zu errichten. Der Plan wurde jedoch verraten und die Schiffe wurden beschlagnahmt.

Der Unabhängigkeitskrieg begann schließlich am 24. Februar 1895 unter der militärischen Leitung von General Máximo Gómez und Antonio Maceo mit dem *Grito de Baire*, benannt nach einem Ort bei Santiago. Der Verlauf des Kampfes von Ost nach West sollte sich Mitte des 20. Jahrhunderts durch Fidel Castro und seine Anhänger wiederholen. José Martí war es nicht mehr vergönnt, das Ende des dreijährigen Unabhängigkeitskrieges zu erleben, denn er wurde bereits am 19. Mai 1895 in einem Gefecht erschossen.

1.2. Übersicht über José Martí's Werke

Ein wichtiger Teil seines Werks sind seine blendend konzipierten Reden, die ihre Wirkung vor allem durch die symbolträchtige Sprache entfalteten, mit der er sie vortrug. Leider ist die an das „Hier und Jetzt“ gebundene orale Kommunikationssituation, mit der er eine quasireligiöse Aura schuf, unwiederholbar. Cèsar Zumeta meinte, Martí benutze „*la lengua que hablan los profetas y los videntes*“ (vgl. Ette, 1991: 27).

Martí hatte seine schriftlichen Arbeiten nie systematisch für eine spätere Werkausgabe gesammelt - auch, weil er zu sehr mit dem Freiheitskampf

beschäftigt war. Somit war es für seine interessierten Schüler und Vertrauten nach seinem Tod zunächst äußerst schwierig, an Material heranzukommen und es zu veröffentlichen.

Noch bis zu Beginn der 1930er Jahre fanden die Kubaner wenig Interesse an José Martí's Werken. Martí war für sie in erster Linie der politische Führer des Exils vor der Gründung der Republik, er war als Märtyrer und nationale Symbolfigur, kaum aber als Theaterautor, Schriftsteller oder Dichter bekannt. Die ersten Martí-Anthologien wurden von dominikanischen, peruanischen oder argentinischen Literaten in Europa (meist in Paris oder Madrid) publiziert.

Zu seinen bedeutendsten literarischen Werken zählen die *Versos sencillos*, die *Versos libres*, *Ismaelillo* (an seinen kleinen Sohn gerichtet) und *La Edad de Oro*. In *La Edad de Oro* beschreibt er für Kinder die Geschichte Amerikas: die Glanzzeit der indianischen Hochkulturen sowie die Conquista, die die Symbole nicht deuten konnten und schließlich vernichtete. Den Band *Versos Sencillos* nannte er „einfache Verse“, weil es sich „bloß“ um Achtsilber handelt. Sie sind in der Form der Redondilla Cruzada, als Vollreim geschrieben, eine Verssammlung, zu der auch der populäre Text „*Yo soy un hombre sincero, [...] Guantanamera...*“ zählt, der später vertont wurde und seit langem als heimliche Hymne Kubas gilt. Martí selbst erachtete allerdings den Gedichtband *Versos Libres*, der 1913 posthum erschien, als seine größte literarische Leistung.

In heutigen Literaturlexika werden ausschließlich die oben angeführten Werke besprochen. Martí erscheint hier nicht mehr in seiner gesamten intellektuellen Bandbreite, die sein Wesen ausmachte. Die literarischen Werke Martí's betragen nur einen geringen Teil seiner insgesamt ca. 30 Bände der „*Obras Completas*“. Da gibt es: *Viajes, diarios, crónicas y juicios, periodismo, traducciones, documentos, fragmentos, escenas europeos*, seine Analysen über die *Conferencia internacional americana y Comision monetaria internacional*, und nicht zu vergessen *Nuestra América* und *Política y Revolución*. Zu Martí's Zeiten waren Intellektuelle noch auf vielen Wissensgebieten gleichzeitig meinungsbildend. Das verfügbare Wissen war noch einigermaßen überschaubar und kompetenten Intellektuellen (in erster Linie Schriftstellern) war es möglich, ein breites Spektrum verschiedener Wissenschaften in sich zu vereinen. Literatur, Philosophie, Politik und Wirtschaft besaßen damals eine starke gesamtgesellschaftliche Einbindung, und erst ab der Mitte des 20. Jahrhunderts

begann auch in Lateinamerika (wie schon früher in Europa) die eigenständige Entwicklung der einzelnen Disziplinen.

Nuestra América (1891), der bekannteste seiner vielen politischen Artikel, ist ein Werk mit einer Unzahl an kreativen und prägnanten Metaphern und entspricht einer Synthese seiner Reflexionen über Hispanoamerika. Auf weitere wichtige politische Schriften Martí, in welchen er auch seine wirtschaftspolitische Sichtweise darstellt - *El tratado comercial entre Estados Unidos y México* (1883), *A aprender en las haciendas* (1883), *La futura esclavitud* (1884), *El Congreso en Washington* (1889), *Comisión Monetaria Internacional Americana* (1891), *La Conferencia monetaria de las Repúblicas de América* (1891) - wird in den folgenden Kapiteln ausführlich eingegangen.

1.3. Vorherrschende wissenschaftlich-politische Diskurse in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts

In den verschiedenen jungen unabhängigen lateinamerikanischen Staaten war im Anschluss an die Unabhängigkeitskriege die Identitätsdebatte die zentrale Frage. Die Theorie des *Modernismo* (Ruben Darío, José Enrique Rodó u.a.) dominierte mit ihrem Widerstand gegen das herrschende positivistische Erkenntnisprinzip (Dreistadiengesetz² von Comte und Konzept vom sozialen Organismus des Sozialdarwinisten Spencer) zu Ende des 19. Jahrhunderts das Geistesleben in der gesamten spanischsprachigen Welt, und warnte eindringlich vor dem ungebremsten Imperialismus und Materialismus der USA. In Europa lief ab der Mitte des 19. Jahrhunderts in den einzelnen Nationalstaaten die Diskussion zur Aufhebung der gesellschaftlichen Ausbeutung der Arbeiterklasse (Marx und Engels).

Martí kannte all diese Strömungen und wurde von diesen beeinflusst, er ist selbst jedoch in erster Linie dem Modernismus zuzurechnen. Die politischen und wirtschaftlichen Kreise, in denen Martí sich bewegte, waren eine reine Männerwelt. Immer wieder erwähnte er, was „*hombres*“ für andere „*hombres*“ im positiven wie negativen Sinn bedeuteten. Damit ging er mit dem damaligen Zeitgeist völlig konform, denn im 19. Jahrhundert war der öffentliche Raum in Lateinamerika ausschließlich Männern vorbehalten.

² Comte geht davon aus, dass alle gesellschaftlichen Prozesse wissenschaftlich erklärbar sein müssen, und zwar in drei Ebenen der Erklärung: theologisch, metaphysisch und positivistisch.

1.4. Wirtschaftspolitischer Kontext auf dem amerikanischen Kontinent zu Ende des 19. Jahrhunderts

Die Jahrzehnte, die der Unabhängigkeit der meisten Kolonien in Lateinamerika folgten, waren von der wirtschaftlichen Einbindung der neuen Nationen in den Weltmarkt geprägt. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde mit dem Fortschritt des exportorientierten Primärsektors der von den iberischen Mutterländern aufgezwungene Kolonialpakt durch einen neuen ersetzt, der wiederum die Metropolen begünstigte. Die Aufgabenteilung zwischen den Metropolen (Kommerzialisierung) und den lokalen Oberschichten (Primärproduktion) erfuhr infolge der immer weniger freien Organisation der Märkte, bedingt durch die technischen Neuerungen und veränderte Finanzstrukturen, starke Veränderungen und führt zur Schwächung der lokalen Großgrundbesitzer. Einige seit jeher kapitalintensive Zweige der Primärwirtschaft (Bergbau) gelangten schon sehr früh unter den ökonomischen Einfluss der Metropolen, durch die steigende Komplexität von Transport und Kommerzialisierung (durch die Errichtung von Eisenbahnen, Kühlhäusern, Getreidesilos und Zuckermühlen) fielen nun immer mehr marginale wirtschaftliche Bereiche der metropolen Enklavenwirtschaft zu (vgl. Halperin Donghi, 1991: 320 ff). Vor allem England investierte durch die Vergabe massiver Kredite in die Infrastruktur lateinamerikanischer Länder (Eisenbahnen, Ausbau der Häfen, Minen, Plantagen) und in die Versorgung der Städte mit Gas, Wasser, Elektrizität. England behielt bis zum Ersten Weltkrieg seine wirtschaftlich privilegierte Position, vor allem in Argentinien und Brasilien. Zu Ende des 19. Jahrhunderts schwächten die USA - zunächst aber auch Deutschland und Frankreich - die Position Englands durch zunehmenden Kapitalexport, Investitionen und Industrieexport, und durch die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen. Die USA stiegen nach und nach zum wichtigsten Handelspartner der Länder Lateinamerikas auf und veränderten die Handelsstruktur grundlegend. Die Konsequenz dieser Entwicklung war eine zunehmend auf Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte (Minen und Plantagen) begrenzte Exportwirtschaft Lateinamerikas in Abhängigkeit vom Import der Industrieprodukte aus den Ländern des Nordens, vorrangig aus den USA. Ette nennt als Beispiel für die wachsende kapitalistische Durchdringung der lateinamerikanischen Nationen durch die USA seit den 70er Jahren des 19.

Jahrhunderts die Zuckerindustrie im karibischen Raum. Im Jahre 1894 war der Export von kubanischem Zucker in die USA zehn Mal höher als in das Mutterland Spanien, bei hohem Anteil nordamerikanischen Kapitals an den Produktionsmitteln (vgl. Ette, 1994 b: 30 ff).

1.5. Kuba: vom formalen Kolonialismus zum informellen Imperialismus³

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zählte die Exportwirtschaft Kubas zu den größten Lateinamerikas. Der kubanische Exportsektor produzierte zunehmend - in erster Linie Zucker - für den nordamerikanischen Markt, was für die Unabhängigkeitsbewegung von der kolonialen Metropole Spanien während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von großer Bedeutung war. Kubas Zuckerindustrie gewann gegen Ende des 18. Jahrhunderts sowohl aus politischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen an Bedeutung: durch die Besetzung von La Habana durch England in den Jahren 1760-62, den Beginn der industriellen Revolution in Europa, die Intensivierung der Handelsbeziehungen mit den USA, den Verfall der Zuckerproduktion auf Haiti als Folge der Sklavenrevolution von 1791 bis 1804, und das Bündnis zwischen der kubanischen Zuckeroligarchie und der kolonialen Verwaltung Spaniens. Die Intensivierung der Handelsbeziehungen mit den USA führte zu wirtschaftlichen Einflussnahmen, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Grundlage für die imperialistischen Bestrebungen der USA bilden sollten. Während Spanien die wirtschaftliche Macht über die Insel verlor, entwickelte sich die kubanische Wirtschaft in Abhängigkeit vom Export, vor allem in die USA (bereits Mitte des 19. Jahrhunderts betrug der Exportanteil in die USA 31,8% - nach England 27% und nach Spanien 15%) nicht nach einem nationalen kapitalistischen Modell, sondern ausgehend von der Zuckerproduktion nach einem Modell der feudalen Plantagenwirtschaft. Gleichzeitig verloren andere landwirtschaftliche Sektoren weiter an Bedeutung (vgl. Bernecker, 1994: 67 ff).

1.6. Politik des *Panamericanismo*

Die ökonomischen Bestrebungen der USA waren von politischer Einflussnahme und Interventionismus begleitet und zielten darauf ab, ein von der Metropole konzipiertes und in deren ideologischer Tradition stehendes Verhältnis zwischen den USA und ihrem südamerikanischen Einflussbereich durchzusetzen (Halperin

³ Bernecker 1994

Donghi, 1991: 324). Die multilaterale Diplomatie der USA, die Politik des *Panamericanismo* mittels supranationaler Institutionen und der Imperialismus (Bernecker, 2000: 24) hatten die wirtschaftliche Durchdringung der lateinamerikanischen Staaten durch den Export von Waren und Kapital, und damit die Festigung der politischen Macht der USA auf dem Subkontinent zum Ziel. Wie Halperin Donghi (1991: 327) bemerkt, nahm die panamerikanische Bewegung in ihren Anfängen einen eher marginalen Stellenwert in der Außenpolitik der USA ein. Die Politik des Panamericanismo entwickelte sich unter dem Vorzeichen sowohl der strategischen Notwendigkeit - strategische Überlegungen führten zur Expansion im karibischen und zentralamerikanischen Raum, durch den seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine der wichtigsten Verkehrsverbindungen der USA führte - als auch des erstarkten ökonomischen Potentials der USA und breitete sich in den USA zu einem Zeitpunkt starker Schutzzollpolitik aus, die die Wirtschaft einiger lateinamerikanischer Staaten schwer belastete, und durch den US-amerikanischen republikanischen Außenminister James Blaine und die Republikanische Partei vertreten wurde. In den Plänen für eine amerikanische Zollunion und eine panamerikanische Eisenbahn spiegelten sich in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts die imperialistischen Expansionsbestrebungen der USA wider. Die panamerikanischen Pläne stießen im Süden des Kontinents von Beginn an auf offenen und kurzfristig erfolgreichen politischen Widerstand, der jedoch keine langfristigen oder wirtschaftspolitischen Folgen nach sich zog. Bereits im Rahmen des *Ersten Panamerikanischen Kongresses* 1889 drückte ein Mitglied der argentinischen Delegation den Willen einiger Länder aus, ihre ungleichen Beziehungen zu den europäischen Metropolen, zu denen sie immer noch in wirtschaftlicher Beziehung und Abhängigkeit standen, aufrecht zu erhalten, und sich dem Vordringen der USA entgegen zu stellen. Die Institutionalisierung des Panamericanismus konnte erst nach dem Zweiten Weltkrieg in der Gründung der *Organisation Amerikanischer Staaten* als regionalen Zusammenschluss im Rahmen der *Vereinten Nationen* ihren Abschluss finden.

Schon seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sollte Lateinamerika durch das Instrument der *Monroe-Doktrin* (1823) infolge einer Reihe von Verträgen an die USA gebunden werden. Auch der *Erste Panamerikanische Kongress*, der 1889 in Washington abgehalten wurde, sollte den USA die Möglichkeit eröffnen, die lateinamerikanischen Länder durch bilaterale Verträge in ihre Wirtschaftspolitik

einzubinden. Damit sollte die Basis für eine Panamerikanische Union gelegt werden, die Einrichtung einer inneramerikanischen Ordnung war jedoch unvereinbar mit den offenen Aggressionen, an denen es in diesen Jahrzehnten nicht mangelte (Halperin Donghi, 1991: 323 ff). Unter Präsident Theodore Roosevelt (1901-1909) führte der Imperialismus der USA in eine Politik der Intervention und der territorialen Expansion in Zentralamerika und der Karibik, und radikalisierte somit die Richtlinien der *Monroe-Doktrin* (vgl. Bernecker, 2000: 26). Die politische Einflussnahme und das imperialistische Eingreifen der USA in Kuba, sowie die Annektion von Puerto Rico durch den Vertrag von Paris, führten 1898 zum endgültigen Verlust der politischen Hegemonie Spaniens in Lateinamerika und sicherten den USA an Stelle der früheren Kolonialmacht die strategische Kontrolle im karibischen Raum. Diese Entwicklung wurde von der lateinamerikanischen Öffentlichkeit, in der die kubanische Unabhängigkeit große Popularität besaß, mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Die Ausrufung des Staates Panama auf dem zu Kolumbien gehörenden Isthmus infolge der Schaffung eines Protektorats durch die USA, die die Panamakanal-Gesellschaft gekauft und damit Fertigstellung des Kanals übernommen hatten, löste weitere Besorgnis aus (Halperin Donghi, 1991: 331). Im Jahr 1902 schlug die argentinische Regierung anlässlich der Schuldenkrise Venezuelas die *Drago-Doktrin* als Maßnahme gegen die Einmischung ausländischer Mächte in interne Angelegenheiten der lateinamerikanischen Nationen vor. Diese legte fest, dass im Rahmen der Beziehungen zwischen Schuldner und Gläubigern der Einsatz von militärischer Gewalt unzulässig sei, auch wenn Schuldner oder Gläubiger Staaten seien, und stand besonders als Gegendeklaration zur *Monroe-Doktrin* und gegen den Interventionismus der USA in Lateinamerika. In einer überarbeiteten Form fand diese Doktrine im Rahmen der *Zweiten Friedenskonferenz von Den Haag* (1907) als *Drago-Porter-Konvention* Aufnahme in das internationale Recht (vgl. Bernecker, 2000: 27).

Wie Halperin Donghi zusammenfassend feststellt, hielten die USA innerhalb der panamerikanischen Organisation an der Fiktion einer Gemeinschaft freier und gleicher Nationen fest, praktizierten aber gleichzeitig eine Politik, die sich durch offenen Verletzungen gerade dieser fiktiven Gleichheit auswies. Der militärische Schwerpunkt dieser Politik lag in der Karibik und in Zentralamerika, die ökonomischen Interessen hatten ihr Zentrum ebenfalls in Lateinamerika, ihre Grenzen fand diese Politik nur

in jenen der nordamerikanischen Machtinteressen (Halperin Donghi, 1991: 333).

2. José Martí's Denken

2.1. José Martí's zentrales Erkenntnisinteresse

Martí wurde schon in jungen Jahren durch die Situation seiner Herkunftsfamilie und durch die Überzeugungskraft seines Lehrers und Mentors Mendive für die gravierenden sozialen und politischen Missstände sensibilisiert, die eine Kluft zwischen den kubanischen Bevölkerungsschichten aufgebaut hatten.

Sein zentrales Interesse galt der Analyse der Mechanismen der ungleichen Macht- und Ressourcenverteilungen, die während der jahrhundertelangen spanischen Kolonialherrschaft installiert wurden, denn er wollte die Quellen der extremen sozialen Ungerechtigkeiten beseitigen und ein Modell des sozialen Ausgleichs (*equilibrio social*) schaffen. In seiner Zukunftsperspektive für Lateinamerika und v.a. seinem Heimatland Kuba stand die Hinterfragung der imperialistischen Absichten der USA, die eine Neokolonisierung bedeutet hätten, stets an entscheidender Stelle.

Für Kuba sollte eine eigenständige Identität und Kultur entwickelt und verankert werden, um eine nachhaltige politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu garantieren (vgl. Rodriguez, 1994: 115). Sein Einsatz für ein freies Kuba war bemerkenswert. Martí lebte ganz für dieses Ziel, wodurch er oft (nicht nur räumlich) große Distanz zu seiner Frau schuf, die ein ruhigeres Familienleben seinem unsicheren politischen Engagement in den verschiedenen Exilländern vorgezogen hätte.

2.2. Politisches Interesse José Martí's

Bevor er sein Projekt eines Neuen Kuba entwarf, hatte Martí immer wieder in lateinamerikanischen Staaten gelebt, die bereits Erfahrungen mit der Unabhängigkeit vorweisen konnten. Ebenso kannte er die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Spanien, Frankreich und den USA.

Seine Analysen der Fehler in der Organisation dieser Länder halfen ihm, in seinem Konzept mögliche Gefahren für ein freies Kuba schon im Vorfeld auszuschließen. Bei den Aufenthalten in bereits befreiten lateinamerikanischen Staaten erkannte er die Tücken, die in einer militärisch dominierten

Unabhängigkeitsbewegung lagen. Die negativen Auswirkungen des *Caudillismo*, einer Form der Diktatur, die er in Guatemala und Mexiko kennen gelernt hatte, sollten in Kuba auf alle Fälle vermieden werden. „*El problema de la independencia no era el cambio de formas, sino el cambio de espíritu*“ (Martí, 1975 a: 19). In Kuba sollte es auf keinen Fall so weit kommen, dass durch die Revolution wieder neue Hierarchien zwischen einzelnen Interessensgruppen, sozialen Klassen, bestimmten Ethnien oder geographischen Regionen hergestellt würden. Es ging Martí um den Ausgleich zwischen den unterschiedlichsten Interessen, mit dem Ziel eine einheitliche demokratische Bewegung aufzubauen, die allen KubanerInnen gerecht würde: den Armen und Reichen, den Militärs und Zivilisten, den Insel- und Exilkubanern, den Bewohnern der Ost- und Westprovinzen, den Afrokubanern und den Weißen. Hautfarbe und Herkunft sollten in Zukunft keine Rolle mehr für die Chancenverteilung in der kubanischen Gesellschaft spielen, wie er es in der oft zitierten Formel : „*Cubano es más que blanco, más que mulato, más que negro*“ ausdrückte (zit. nach Opatrný, 1994: 60).

Es galt, sowohl aus den Fehlern der missglückten politischen Experimente – nämlich der Installierung von Militärregierungen in einigen unabhängigen Ländern - zu lernen, als auch den Gefahren zu widerstehen, die von den expansionistischen Zielen der USA ausgingen.

Das Problem des nordamerikanischen Imperialismus behandelte Martí ausführlich in dem 1881 erstmals erschienenen Artikel *Nuestra América*. Er erwähnte zunächst auch gewisse Errungenschaften der USA, warnte jedoch aus eigener Erfahrung sehr eindrücklich vor der Habgier und dem Überlegenheitsanspruch der angelsächsischen gegenüber der lateinischen „Rasse“. In Martí's *Modernismo* vereinten sich Philosophie und politischer Gestaltungswille. Er betonte immer, dass Lateinamerika sehr gut ohne die Bevormundung aus dem Norden ein politisches eigenständiges Leben führen könnte, wobei er die Bildung als entscheidendes Kriterium sah: „*conocer es resolver*“ (Martí, 1975 a: 18).

Martí entwarf nicht nur flammende Aufrufe gegen Elend, Rassismus, Fremdbestimmung und nationale Unterdrückung, sondern setzte sein eigenes Leben für die Ausmerzungen dieser sozialen Missstände ein. Im New Yorker Exil gründete er im Jänner 1892 die Partei *Partido Revolucionario Cubano* und zwei Monate später die Parteizeitschrift *La Patria*. Damit hatte er seinen permanenten

wortgewaltigen Auftritten ein schriftliches Organ zur intensiveren Verbreitung seiner gesellschaftsverändernden Ideen hinzugefügt. Trotzdem war er in Kuba weit weniger bekannt als die beiden Generäle Maceo und Gómez.

Dazu ein kleiner Exkurs: Martí legte schon zu Lebzeiten großen Einfluss auf seine bildhafte Darstellung, wie z.B. 1895, zu Beginn des Unabhängigkeitskrieges. Ein weit verbreitetes Bild zeigt ihn gemeinsam mit Gómez. Auf dem Tisch liegen Bücher, Tintenfass und Feder und das von Martí geleitete Parteiorgan *Patria*, als Hinweis auf Martí's geistige Urheberschaft des Kampfes. Martí ist als Kopf der Revolution stilisiert, Gómez als Faust, und diese ruht auf einem Buch, dem Fundament allen Handelns. Schlüssig lässt sich hier der Topos *letras y armas* ableiten. Das Bild zeigt zwar die Realität, aber in Form einer inszenierten Wirklichkeit (vgl. Ette, 1991: 43).

Die neue Regierungsform Kubas war für José Martí nur als demokratische Republik denkbar. Das unvermeidliche Instrument zur Erreichung dieses Ziels war der „notwendige“ Krieg. Offensichtlich war ihm nicht ganz wohl bei der Erkenntnis, dass es keine Alternative zur Umsetzung seiner humanistischen Ideen, seiner moralischen Reflexionen gab. Deshalb sprach er immer wieder von einem zwar notwendigen, aber äußerst „freundlichen“ schonenden Krieg: einer *guerra cordial*, *guerra culta* oder *guerra sana*. Mit den beiden Militärführern Máximo Gómez und Antonio Maceo trug er viele Differenzen wegen der Richtlinien für die Kriegsführung aus. Die Meinungsverschiedenheiten führten vorübergehend zum Bruch, aber Martí schaffte es schließlich doch, sich mit seinen Vorstellungen durchzusetzen und eine Einigung herbeizuführen.

Sein Konzept eines freien Kubas (Lateinamerikas) wies alle ausländischen Modelle zurück und unterstrich die Unverzichtbarkeit eines eigenständigen politischen und wirtschaftlichen Weges. Deshalb schrieb er künftigen Regierenden vor, unbedingt zuerst die realen Probleme ihres Landes zu analysieren, um nicht wie bisher aus der Perspektive der USA oder Europas heraus zu regieren.

Obwohl Martí mit gewissen Positionen von Marx und Engels übereinstimmte, plädierte er nicht für die Verstaatlichung der Wirtschaft und Abschaffung des Kapitalismus, sondern forderte, dass der Staat die nationale Wirtschaft durch die bevorzugte Unterstützung von kleinen Händlern und Kleinbauern fördern sollte, mit der Landwirtschaft als dem wesentlichen Produktionsfaktor (vgl. Rodríguez, 1994:115).

Allzu konkret und deutlich dürfte Martí diese Forderung jedoch nicht gestellt haben, denn wie hätte er sonst die kreolische Oligarchie, die durch die von ihm propagierte Bevorzugung von Kleinbauern in ihrer Vorherrschaft beschnitten worden wären, dazu gebracht, aktiv im Unabhängigkeitskampf gegen die Spanier zu kämpfen? Es ist bekannt, dass die kreolische Oberschicht den Krieg für ihre eigenen Zwecke betrieb und gar nicht daran dachte, Martí's Ziele der sozialen Gerechtigkeit umzusetzen. Nach dem Unabhängigkeitskampf auf Kuba erfolgte also zunächst ein Austausch der Herrschenden. Der enorme Profit, den die Kolonialmacht Spanien aus den Exporten der Plantagenwirtschaft erzielte, sollte den neuen Regierenden zugute kommen. Spanien musste also seinen kolonialen Interventionismus in Kuba zugunsten der *criollos* aufgeben, und die neuen Machthaber, wie etwa Machado oder Batista und deren Anhänger, bedienten sich übergangslos derselben Ausbeutungsmechanismen wie zuvor die Spanier. Der Rassismus gegen die Afrokubaner, die jetzt auf den Feldern statt Sklavenarbeit abhängige Lohnarbeit verrichteten, wurde durch die Interessen der neuen Machthaber keineswegs beseitigt. Auch Verbesserungen für die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Position der breiten Masse des kubanischen Volkes waren bis zur Revolution von 1959 nicht in Sicht. 1898 bzw. 1902 änderten sich marginal einige Etikettierungen – aber keine Inhalte!

Martí thematisierte und betonte ständig die Wechselwirkung zwischen Wirtschaft (wobei er fast ausschließlich den Handel zwischen Nationen in Betracht zog) und Politik: „*Quien dice unión económica, dice unión política*“. Er betonte, dass Export und Import ausgeglichen sein müssen, damit die Freiheit gesichert ist, und dass Handel mit bloß einem Land oder Konzentration auf ein einziges Exportprodukt politische Abhängigkeit nach sich ziehen. Ein Volk, das frei sein will, muss in der Wirtschaft unabhängig sein und seinen Handel auf gleich starke Länder verteilen (vgl. Martí, 1975 a: 160). Es ging Martí vorrangig um den Handel, über Produktion und Produktionsstrukturen, ArbeiterInnen und Arbeitsbedingungen machte er sich wenig Gedanken.

Auch wies Martí immer wieder auf die Gefahr hin, die den lateinamerikanischen Staaten durch die Hegemoniebestrebungen der USA drohte. Er hatte früh die Absicht der USA erkannt, die den amerikanischen Kontinent sowohl politisch als auch wirtschaftlich zu vereinnahmen suchten.

2.3. Wirtschaftliches Denken José Martí

Die wirtschaftliche Unabhängigkeit birgt nach Meinung José Martí die politische Unabhängigkeit, die historischen Gegebenheiten schränken den wirtschaftlichen Handlungsspielraum ein – ein Land kann nicht existieren, wenn es sich in seinen Außenhandelsbeziehungen in überwiegendem Maße von einem Handelspartner und einem Exportprodukt abhängig macht. Ohne seine naturräumlichen Wettbewerbsvorteile (Martí verglich die für Kuba optimale Tabakproduktion an Stelle der nach seinem Urteil zu einseitigen Zuckerproduktion) auszuschöpfen und seine Produktionsstrukturen von Grund auf zu ändern (Entwicklung eines starken Agrarsektors basierend auf kleinen und mittleren Produzenten, die den Boden besitzen, statt Sklavenarbeit in der Plantagenwirtschaft) könne, so Martí, ein Land wie Kuba wirtschaftlich nicht bestehen.

Martí sprach sich gegen eine übermäßige Intervention des Staates aus, gegen die Verstaatlichung des Bodens, da er dadurch einen Rückgang der Produktivität durch den überhandnehmenden bürokratischen Staat befürchtete (siehe Punkt 2.3.2.). Im Gegensatz dazu sprach sich Martí klar für die Modernisierung des Agrarsektors aus, und damit auch für den Import von Industrieprodukten, der aber nicht in die ausbeuterische Abhängigkeit verfallen dürfte, wie es die USA mit einem von Martí scharf kritisierten Handelsabkommen mit Mexiko beabsichtigten. Die Einkünfte aus der Agrarproduktion sollten in die Modernisierung der Landwirtschaft der lateinamerikanischen Länder investiert werden, und nicht, wie von den USA in dem Entwurf zu dem Abkommen beabsichtigt, zu einer langfristigen Ausbeutung der Rohstoffe durch US-amerikanische Gesellschaften mithilfe deren „Monopol“ auf das technische Wissen führen. Für Martí war deshalb der Wissenstransfer der Länder des Nordens in die Agrarländer Amerikas von größter Bedeutung. Auch die Aufhebung der Schutzzölle im Rahmen des Handelsabkommens würde zu struktureller Abhängigkeit der landwirtschaftlich orientierten Nationen gegenüber den Industrienationen führen (siehe Punkt 2.3.1.). José Martí kritisierte die Politik des *Panamericanismo* und den offensichtlichen Imperialismus der USA gegenüber den lateinamerikanischen Ländern aufs Schärfste. Sein Anliegen war es, als teilnehmender Delegierter Uruguays im Rahmen des Panamerikanischen Kongresses im Jahr 1889 und als Mitglied der Internationalen Amerikanischen Währungskommission (*Comisión Monetaria Internacional*) im Jahr 1891, die Absichten und Handlungen der US-amerikanischen Delegation bis ins Detail zu hinterfragen, und so der offiziellen

Berichterstattung, wie sie in den wichtigsten nordamerikanischen Zeitungen im Bezug auf die Verhandlungen unangefochten vor sich ging, entgegen zu wirken. Durch seinen kritischen Blick auf die Geschehnisse um den Kongress wollte Martí das Bewusstsein der lateinamerikanischen Nationen gegenüber einem den lateinamerikanischen Interessen konträren wirtschaftlichen und politischen Weg schärfen. José Martí war durchaus bewusst, welche Gefahren die imperialistischen Bestrebungen der USA für die jungen lateinamerikanischen Republiken mit sich brachte. Martí wollte verhindern, dass im Rahmen des Kongresses 1889 Zugeständnisse gemacht würden, die das wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnis festigen und eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung der lateinamerikanischen Nationen unmöglich machen würden.

Martí erkannte ein großes Potential für die Umsetzung eines eigenständigen wirtschaftlichen Konzeptes in Kuba, das bis dahin einen eigenständigen Weg innerhalb Lateinamerikas gegangen war. Er sah aber auch, dass es die Absicht der USA war, dies zu vereiteln (siehe Punkt 2.3.3.). Martí analysierte weiters den Vorschlag der USA, eine gemeinsame Währung auf dem amerikanischen Kontinent einzuführen, und sprach sich als Mitglied der Währungskommission 1891 gegen eine amerikanische Einheitswährung aus, da er erkannt hatte, dass die lateinamerikanischen Länder durch den Eintritt in eine Währungsunion mit den USA ihren Raum für Handelsbeziehungen mit anderen Regionen der Welt entscheidend einbüßen würden (siehe Punkt 2.3.4.).

Wirtschaft bedeutete also für José Martí in erster Linie Raum für (außen)politisches Handeln. Martí ging in verschiedenen Texten, die er zwischen 1883 und 1891 für die argentinische Zeitung *La Nación* und für unterschiedliche mexikanische Zeitungen verfasste, auf vier zentrale wirtschaftspolitische (handelspolitische) Themen ein, die einen Einblick in sein Denken über Wirtschaft im Detail ermöglichen.

2.3.1. **„Comete suicidio un pueblo el día en que fía su subsistencia a un solo fruto“ – Folgen bilateraler Außenhandelsabkommen für die Länder Lateinamerikas**

José Martí sah in den Bemühungen der USA, einzelne der neuen lateinamerikanischen Republiken durch bilaterale Handelsabkommen in eine

einseitige Abhängigkeit zu zwingen eine große Gefahr für die ökonomische und politische Unabhängigkeit ganz Lateinamerikas. Die unabhängigen Handelsbeziehungen jeder Nation waren für ihn die Voraussetzung für politische Unabhängigkeit, und die außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Bemühungen der USA die Ursache einer zerstörerischen Konkurrenz zwischen den Ländern Lateinamerikas, die ihre Primärprodukte auf dem europäischen und amerikanischen Markt anboten. Infolge der *Monroe-Doktrin* (1923) sollten die lateinamerikanischen Länder durch eine Reihe von Verträgen an die USA gebunden werden. Innerhalb der diplomatischen Kreise wurde in erster Linie die Diskussion um ein Handelsabkommen zwischen den USA und Mexiko⁴ geführt, was José Martí in seinem Artikel „*El tratado comercial entre los Estados Unidos y México*“ (vgl. Martí, 1883 a⁵) ausführlich analysierte und kommentierte.

„El tratado concierne a todos los pueblos de la América Latina que comercian con los Estados Unidos. No es el tratado en sí lo que atrae a tal grado la atención; es lo que viene tras él. (...) Nada dará una idea tan efectiva de la magnitud del suceso en proyecto como la enumeración de los artículos que cada uno de ambos países se obliga a aceptar en su territorio libres de derechos.“ (Martí, 1883 a)

José Martí warf den USA vor, sich dadurch von jeglicher Zollpflicht zu befreien, da nahezu kein Produkt von mexikanischem Boden in diesem Projekt nicht von Zöllen befreit wäre, und durchaus voraussehend zu handeln, da die Zollbefreiung auch Produkte einschloss, die zu jenem Zeitpunkt in Mexiko kaum Bedeutung hatten, jedoch bald an Bedeutung gewinnen sollten⁶. Im Gegenzug zu diesen

⁴ Der Senat der USA kündigte 1883 die Veröffentlichung eines Dokuments an, das nach der Annahme beider Nationen als Gesetzesvorschlag dienen sollte. Martí nannte die Artikel 1, 2, 6, 7 und 8 des Dokuments als die bedenklichsten. Im ersten Artikel wurden sämtliche Artikel aus mexikanischer Produktion festgehalten, die für die Dauer des Abkommens zollfrei („*libres de derechos (de aduana)*“) in die USA importiert werden sollten, im zweiten Artikel jene Produkte der USA, die Mexiko zollfrei importieren sollte. Im sechsten Artikel wurde festgelegt, dass keine der Nationen diese Produkte mit Zöllen belasten darf, wenn die Produkte im eigenen Land konsumiert würden. Im siebten Artikel jedoch autorisieren sich beide Nationen, die genannten Produkte zu verzollen, wenn diese das Territorium nur durchqueren um in einem weiteren Land konsumiert zu werden. Der achte Artikel legte die Zeit, nach der das Abkommen ab seiner Ratifizierung in Kraft treten sollte, mit 12 Monaten fest, in welcher die jeweiligen Verfassungen und Gesetze angepasst werden sollte.

⁵ Die folgenden Textteile aus José Martí's Werk sind bis auf wenige Ausnahmen den in der Bibliographie vermerkten Internetseiten entnommen, daher erfolgt hier keine Angabe der Seitenzahlen.

⁶ lebende Tiere, Gerste, Rindfleisch, Kaffee, Eier, Spat und Gräser, die in den USA in der Papierindustrie verwendet wurden; weiters alle Arten von Blumen und Früchten, die sich mit dem Ausbau der Eisenbahn zwischen beiden Nationen schnell zu einem wichtigen Handelsgut entwickeln konnten; ungegerbte Ziegenfelle;

Vorteilen für die USA sollte Mexiko seinen Markt zollfrei für alle Arten von Produkten der Metallindustrie öffnen, die aufgrund des wirtschaftlichen Protektionismus die nordamerikanischen Märkte überschwemmten: Baumaterialien, Material für Eisenbahnen, Bergbau, Abholzung: zollfrei alles, was zur Errichtung einer Nation (und deren Ausbeutung) benötigt würde.

“En cambio de estas ventajas, México abre sus puertas a todos los productos de hierro que por la mala obra y falaz beneficio del sistema proteccionista sobrecarga hoy a los mercados americanos, enfermos de plétora; a cuanto se necesita para levantar pueblos, como por obra de magia; para desmontar selvas, para quebrar montes y echar, por donde andaban sierpes y fieras, ferrocarriles. (...) Con lo que este artículo permite libre de entrada en México, puede construirse, como por obra de soplo fantástico, toda una nación. La lista es tan numerosa, que absorbería todo nuestro espacio: ¿qué necesitamos decir, si a lo que va dicho añadimos que el artículo permite la entrada en México de cuanto un pueblo necesita para arar toda su tierra, y sembrarla toda, y alimentar a los agricultores mientras produce, y remover y exprimir las aguas de los ríos, y penetrar y hacer saltar las ricas minas de todos sus montes?” (Martí, 1883 a)

Der Gewinn, den Mexiko aus dem Abkommen erzielen würde, wäre nach Martí's Ansicht nicht unmittelbar und würde erst sehr spät eintreten. Mexiko könnte seine Nahrungsmittelproduktion für den nordamerikanischen und europäischen Markt ohne die Hilfe von Maschinen weder erhöhen noch qualitativ verbessern. Alle mexikanischen Produkte bräuchten aber, um der durch das Abkommen steigenden Nachfrage gerecht werden zu können, Transportwege (deren Ausbau ein primäres Anliegen der USA wäre) und Arbeitskräfte, die es nicht gäbe. Vorschläge für eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion in den lateinamerikanischen Ländern nannte José Martí in seinem Artikel „*A aprender en las haciendas*“ (vgl. Martí, 1883 b). Martí befürwortete darin grundsätzlich die Einfuhr von technischen Hilfsmitteln, um die landwirtschaftlichen Erträge der lateinamerikanischen Nationen zu steigern und die traditionellen, unproduktiven Methoden der Landwirtschaft in Lateinamerika zu überwinden – was auch eine abwertende Sichtweise auf das „Alte“ und Indigene in der Landwirtschaft

Lederriemen; ungegerbtes Leder; Eselsleder; alle Arten von Agaven und andere Pflanzen, die das Leinen ersetzen konnten; Naturkautschuk, Indigo, Färbemittel aus Pflanzen und Insekten, Gemüse, Honig, Palm- und Kokosöl; nicht elaborierter Tabak, unbearbeitetes Holz: mexikanisches Holz für den Bau von Schiffen in den USA.

einschloss. Dies sollte jedoch unter der Bedingung erfolgen, dass auch technisches Wissen importiert würde: und zwar nicht durch die Ausbildung lateinamerikanischer Jugendlicher in den USA, sondern durch deren Ausbildung in Lateinamerika selbst. Es sollte also keine Abhängigkeit gegenüber den USA im Bereich des Wissens entstehen:

„Nuestras tierras feracísimas, ricas en todo género de cultivos, dan poco fruto y menos de lo que debían por los sistemas rutinarios y añejos de arar, sembrar y recoger que aún privan en nuestros países y por el uso de instrumentos ruines. Surge de esto una necesidad inmediata: hay que introducir en nuestras tierras los instrumentos nuevos; hay que enseñar a nuestros agricultores los métodos probados con que en los mismos frutos logran los de otros pueblos resultados pasmosos. ¿Qué valía quedará en pie, qué competencia no será vencida, qué rivales mantendrán sus fueros cuando los instrumentos modernos, y las mejores prácticas ya en curso, fecunden las comarcas americanas? Buenos Aires sabe de esto, Buenos Aires que está sacando cada mes de estos puertos cuatro o seis buques cargados de instrumentos de agricultura.

Mas ni todos nuestros pueblos gozan de la misma próspera condición que el de la Plata, ni en todos es posible la introducción cuantiosa de los nuevos y, por el tiempo y labor que ahorran, generosos aperos de labrar; ni la mera introducción de ellos en tierras no preparadas para recibirlos y hacerlos útiles, basta a cambiar como por magia, el estado rudimentario de nuestros cultivos. Ni se tienen en todas partes los capitales importantes que la compra de nuevos aprestos de cultivo necesitan; ni es suficiente que se entren por las tierras los instrumentos si no entra con ellos quien los maneje y acondicione el suelo para aprovecharlos (...).

Si los instrumentos no van, pues, es preciso venir a buscarlos. Pero aun cuando los instrumentos vayan, no van con ellos las nuevas prácticas agrícolas que los hacen fecundos. Esto no se aprende o se aprende mal, en libros. Esto no puede exhibirse en las Exposiciones. Esto, sólo en parte, y con grandísimo dispendio, podría enseñarse en las Escuelas de Agricultura. Hay que venir a aprender esto donde está en pleno ejercicio y curso práctico. (...) se aprenden de igual modo en la casa propia, sin perder lo que se pierde, siempre en la ajena, así sin tanto riesgo y con mayor provecho, deben enviar los Gobiernos a agricultores ya entendidos; y los padres, a los hijos, a quienes quieran hacer beneficio verdadero con enseñarles en el cultivo de la tierra la única fuente absolutamente honrada de riqueza; y los hacendados, a hombres capaces de llevar luego a sus haciendas las mejoras que en las de acá vean, a estudiar la agricultura nueva en los cultivos prósperos, a vivir durante la época de una a varias cosechas en las haciendas donde se siguen los sistemas recientes, a adquirir en todos sus detalles, sin lo que no es fructífero, el conocimiento personal y directo de las ventajas de los métodos e

instrumentos modernos. Urge cultivar nuestras tierras del modo que cultivan las suyas nuestros rivales. “ (Martí, 1883 b)

Die USA hingegen ließen zu erhöhten Zinsen den Reichtum aus dem landwirtschaftlichen Ertrag und der günstigen Beförderung der Produkte zirkulieren, und spekulierten an den Börsen. Es entstünde ein großer Markt für im Überfluss erzeugte Produkte, der Produktionsüberschuss würde das prohibitive System der USA erhalten. Der Vorteil für die USA läge in der Entlastung der US-amerikanischen Industrieprodukte auf dem eigenen Markt, der akkumulierte Reichtum könnte in Form von Krediten zu hohen Zinsen abgegeben werden. So könnte für einige Jahre durch den Verkauf der industriellen Mehrproduktion von dem großen Problem der Arbeitslosigkeit unter den Arbeitern als fatale Folge des protektionistischen Systems abgelenkt werden.

Mexiko würde im Übermaß Produkte erzeugen, die zum großen Teil von den USA abgenommen würden. Die USA hingegen würden von Beginn an durch den Vorteil ihres akkumulierten Reichtums, der bis dato nicht nutzbringend eingesetzt würde, den Handelspartner überrollen. Dies würde ohne jede Autorisierung oder Hindernisse geschehen, außerhalb der im Rahmen des Handelsabkommens festgelegten Regeln: als Folge ihrer Überkapazität an Produkten, die auf dem internen Markt nicht anzubringen waren, und aufgrund ihrer Fähigkeit und technischen Möglichkeiten, Städte aus dem Boden zu stampfen.

“En cambio, los Estados Unidos ponen inmediatamente en circulación, con un interés subido, por lo pingüe de los frutos de la tierra y la mayor baratura de la colocación de su caudal, el exceso de riqueza que hoy dedican a operaciones agitadas y antipáticas de bolsa, por las que comienza a haber visible desgano público; se crean un cuantiosísimo mercado para muchos productos que les sobran y se ayudan a mantener, con este canal ancho del exceso de producción, el sistema prohibitivo, del que creen que necesitan aún sus industrias para llegar más tarde a competir con las más perfectas europeas. Descargan sus mercados; emplean a mayor interés su riqueza sobrada; se ayudan a esquivar, por unos cuantos años, con el nuevo mercado de los frutos sobrantes, el problema gravísimo que viene de la desocupación de los obreros por el exceso de producción de artículos no colocables – fatal consecuencia del sistema de la protección – e introducen sin derechos pueblos enteros, ciudades enteras, en un pueblo limítrofe.

Tal es la inmediata consecuencia y las ventajas que acarrea el tratado a ambos países. A México, los medios de producir mañana con exuberancia frutos de que los Estados

Unidos son un considerable consumidor; a los Estados Unidos, la colocación, desde el primer instante, en condiciones ventajosas, de un exceso de riqueza que coloca hoy desventajosamente, el descargo en un mercado forzoso de sus industrias embarazadas por la sobra de productos no colocables y la posibilidad de alzar ciudades, sin más autorización ni traba que las que les otorga el tratado, en un pueblo vecino.”

(Martí, 1883 a)

Martí verwies auf die Konkurrenzposition, in welche die lateinamerikanischen Republiken zueinander durch die Außenhandelspolitik der USA gedrängt würden, und kritisierte die einseitige Exportproduktion und Abhängigkeit Kubas von Zucker als primärem Handelsprodukt mit den USA. Kubanischer Zucker würde über den Meeresweg transportiert und von hohen Steuern des Imports und Exports belastet. Das wichtigste kubanische Exportprodukt würde mit dem Zucker, den Mexiko durch das Abkommen zu günstigeren Bedingungen in die USA exportieren würde, nicht weiter konkurrieren können. Tabak könnte in Mexiko nicht in derselben Qualität wie in Kuba produziert werden. Die Tabakproduktion würde in Kuba aber nicht in dem Ausmaß gepflegt, wie es ihr gebührte. Durch den Bau von Eisenbahnen zwischen den mexikanischen Produktionszentren und den Zentren des Konsums des Zuckers, den durch die niedrigen Preise für Maschinen angeregte Bau von mächtigen Anlagen, durch die Fruchtbarkeit des Bodens und die Steuerfreiheit des Produkts, würde Mexiko in wenigen Jahren außerordentliche Mengen Zucker erzeugen.

Ein Volk, das seine Produktion auf ein einziges Gut konzentrierte, würde nach José Martí's Meinung Suizid begehen. Mexiko stellte alle Produkte her, die Zentralamerika und Südamerika produzierten, und hätte noch genügend ungenütztes Land zur Verfügung, um seine Produktion zu steigern. Durch das Handelsabkommen würde Mexiko im Überfluss über Produktionsmittel verfügen, die den anderen lateinamerikanischen Ländern fehlten, ganz abgesehen von den speziellen Steuervorteilen, die die USA dem Handelspartner Mexiko gewährten. Mexiko hätte aufgrund seiner geographischen Nähe auch dann einen Vorteil, wenn man die Möglichkeit beachtete - die nach Einschätzung Martí's keineswegs als Wahrscheinlichkeit galt - dass die USA mit anderen lateinamerikanischen Ländern ähnliche Abkommen treffen würden.

Laut José Martí würde das Abkommen die Einnahmen des mexikanischen Staates insgesamt verringern, die zu einem großen Teil aus Zolleinnahmen

stammten. Der mexikanische Staat müsste die Zahlung von Subventionen, mit welchen der Bau der Eisenbahnen durch US-amerikanische Baufirmen gestützt wurde, einstellen. Durch den Abbruch des Geldflusses würden diese ihre Arbeit einstellen - also könnten die mexikanischen Firmen auf diesen gestrandeten Investitionen ihre Eisenbahnstrecken ohne Subventionen bauen, allerdings in Kooperation mit den großen Eisenbahngesellschaften der USA, und in enger Zusammenarbeit mit General Grant, dem Koautor des Projekts. Der mexikanische Staat würde somit die Einflussnahme der US-amerikanischen Eisenbahngesellschaften in Form einer „Public Private Partnership“ akzeptieren, um überhaupt bauen zu können, würde jedoch gleichzeitig seine Eigenständigkeit und seinen Handlungsspielraum einbüßen.

“Como México produce todo lo que los demás Estados de Centro América y de la América del Sur, y tiene aún territorio inmenso donde extender sus múltiples productos, y va a recibir ahora superabundancia de medios de producir de que continuarán careciendo los demás países americanos que le son análogos en producciones, aun sin contar con la rebaja especial de derechos que conceden los Estados Unidos a México, y por más que se tuviera en cuenta la posibilidad, que no llega a ser probabilidad, de que celebrasen los Estados Unidos con los demás países de la América tratados semejantes al de México, resultaría siempre que en la competencia de frutos iguales por llegar a un mercado común llevaría la ventaja, por precios de flete, frescura del fruto y oportunidad del arribo, el país más cercano.

Tales apuntes nos sugiere hoy la lectura del proyecto. Con la costumbre, no descaminada a veces, de buscar causas ruines a los propósitos de apariencia y objeto más loable—han dicho periódicos de los Estados Unidos de tanta valía como el "Sun", de New York, y otros de no menor influencia en Washington, que como el tratado dejaría sin rentas al gobierno de México, que deriva hoy casi todas las suyas de los derechos de aduanas, —se vería el Gobierno en la necesidad de suspender el pago a poco de las subvenciones con que auxilia la construcción de determinadas líneas férreas de empresarios norteamericanos; éstas, privadas de la subvención, quedarían forzadas a interrumpir y a abandonar, acaso, sus trabajos; y entonces, sobre sus ruinas, continuaría construyendo los ferrocarriles mexicanos la poderosa compañía no subvencionada, nutrida por los magnates ferrocarrileros de los Estados Unidos, con cuyos intereses está íntimamente ligado el general Grant, coautor, si no en la letra, en el espíritu del proyecto. Pero a este rumor, a pesar de su apariencia racional, no ha de adscribirse este proyecto de tratado, de tal alcance, de tan profunda trascendencia, de tanta monta para todos nuestros países. Cuando existen para un suceso causas históricas, constantes,

crecientes y mayores, no hay que buscar en una pasajera causa ínfima la explicación del suceso. “ (Martí, 1883 a)

2.3.2. **„De ser siervo de sí mismo, pasaría el hombre a ser siervo del Estado. De ser esclavo de los capitalistas, como se llama ahora, iría a ser esclavo de los funcionarios” - Interventionismus des Staates**

In seinem Artikel „*La futura esclavitud*“ (vgl. Martí, 1884) reagierte José Martí auf eine Abhandlung des britischen „Sozialevolutionisten“ Herbert Spencer (1820-1903) mit dem Titel „*The Coming Slavery*“ (vgl. Spencer, 1884) über den im Entstehen begriffenen Sozialismus als „zukünftiges Sklaventum“. Spencer vertrat den rationalen und liberalen Utilitarismus, im Gegensatz zum empirischen Utilitarismus Benthams, und tendierte stark zur Evolutionstheorie, mit der er die liberale und utilitaristische Rechtsauffassung zu erklären versuchte: die Gleichstellung von Recht und Freiheit, und Gerechtigkeit als die Gleichheit der Freiheit (*„liberty of each, limited by the like liberty of all, is the rule in conformity with which society must be organized“*⁷).

Martí kritisierte in seinem Artikel die Äußerungen Spencers hinsichtlich der Zukunft des Sozialismus und dessen Geringschätzung durch Spencer, der im Sozialismus zukünftiges Sklaventum sah. José Martí widersprach auch der Absicht Spencers, den Sozialismus angesichts der wirkungsschwachen Gesten populistischer Politiker, wie sie im Sinne der sozialistischen Idee in Großbritannien gepflogen wurden, als unnötiges Unterfangen zu beurteilen. Martí, und seiner Meinung nach alle - wie er sie bezeichnete - „großzügigen Denker“, sahen die Unzufriedenheit der breiten Masse, die keinen anderen Ausweg als die Abschaffung des Übels sah, und deren Wunsch nach radikalen und gewalttätigen Veränderungen, als durchaus gerechtfertigt an. Erleichterungen für die Armen sollten jedoch nicht jenen zugute kommen, die nicht arbeiten wollten:

„¿Cómo vendrá a ser el socialismo, ni cómo éste ha de ser una nueva esclavitud? Juzga Spencer como victorias crecientes de la idea socialista, y concesiones débiles de los buscadores de popularidad, esa nobilísima tendencia, precisamente para hacer innecesario el socialismo, nacida de todos los pensadores generosos que ven como el justo descontento de las clases llanas les lleva a desear mejoras radicales y

⁷ Spencer 1870; Quelle: <http://plato.stanford.edu/entries/spencer/>

violentas, y no hallan más modo natural de curar el daño de raíz que quitar motivo al descontento. Pero esto ha de hacerse de manera que no se trueque el alivio de los pobres en fomento de los holgazanes; y a esto sí hay que encaminar las leyes que tratan del alivio, y no a dejar a la gente humilde con todas sus razones de revuelta.”

(Martí, 1884)

Martí nahm Bezug auf ein Armengesetz („la ley que estableció el socorro de los pobres por parroquias“), das laut Spencer die Anzahl der Armen erhöht hätte, und stellte fest, dass die Befürchtung Spencers, die arbeitende Bevölkerung würde übermäßig belastet, um für die verarmte Bevölkerung ein staatlich getragenes Auskommen zu ermöglichen, nicht gerechtfertigt wären. Spencer befürchtete zudem die große Zahl an Gesetzen, die das Auskommen der Armen regulieren sollten: für Spencer war die Schaffung immer neuer Gesetze, die die individuelle Handlungsfähigkeit der Reichen einschränken und den Armen nicht zur Besserung ihrer Situation verhelfen würden, die Vergesetzlichung des Übels. Martí hingegen forderte Gesetze, mit denen der Staat den zu Recht bestehenden Forderungen nach Verbesserung der Lebensbedingungen für die Armen nachkommen und Ausschreitungen verhindern würde.

“So pretexto de socorrer a los pobres –dice Spencer– sácanse tantos tributos, que se convierte en pobres a los que no lo son. La ley que estableció el socorro de los pobres por parroquias hizo mayor el número de pobres. La ley que creó cierta prima a las madres de hijos ilegítimos, fue causa de que los hombres prefiriesen para esposas estas mujeres a las jóvenes honestas, porque aquellas les traían la prima en dote. Si los pobres se habitúan a pedirlo todo al Estado, cesarán a poco de hacer esfuerzo alguno por su subsistencia, a menos que no se los allane proporcionándoles labores el Estado. Ya se auxilia a los pobres en mil formas. Ahora se quiere que el gobierno les construya edificios. Se pide que así como el gobierno posee el telégrafo y el correo, posea los ferrocarriles. El día en que el Estado se haga constructor, cree Spencer que, como que los edificadores sacarán menos provecho de las casas, no fabricarán, y vendrá a ser el fabricante único el Estado; el cual argumento, aunque viene de arguyente formidable, no se tiene bien sobre sus pies. Y el día en que se convierta el Estado en dueño de los ferrocarriles, usurpará todas las industrias relacionadas con estos, y se entrará a rivalizar con toda la muchedumbre diversa de industriales; el cual raciocinio, no menos que el otro, tambalea, porque las empresas de ferrocarriles son pocas y muy contadas, que por sí mismas elaboran los materiales que usan. Y todas esas intervenciones del Estado las juzga Herbert Spencer como causadas por la marea que sube, e impuestas por la

gentualla que las pide, como si el loabilísimo y sensato deseo de dar a los pobres casa limpia, que sana a la par el cuerpo y la mente, no hubiera nacido en los rangos mismos de la gente culta, sin la idea indigna de cortejar voluntades populares; y como si esa otra tentativa de dar los ferrocarriles al Estado no tuviera, con varios inconvenientes, altos fines moralizadores; tales como el de ir dando de baja los juegos corruptores de la bolsa, y no fuese alimentada en diversos países, a un mismo tiempo, entre gentes que no andan por cierto en tabernas ni tugurios.” (Martí, 1884)

In Bezug auf den staatlichen Wohnbau würde laut Martí an den sichtbaren Folgen der Missstände angesetzt: im Schlamm, in dem die unteren Schichten der großen Ansiedlungen lebten, und denen man zweifellos mit dem Bau von sauberen, belüfteten Häusern helfen würde, ohne dass die Risiken eintreten würden, die Spencer befürchtete; nämlich die Verdrängung der Baumeister der Häuser reicheren Stils. Martí erachtete den menschlichen Geist tendentiell dem Guten und der Kultur zugewandt, der sich in Anwesenheit des Erhabenen erhebt und des Reinen reinigt. Den Armen billigen Wohnraum zu schaffen würde seiner Meinung nach in jedem Fall eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse einleiten.

„Teme Spencer, no sin fundamento, que al llegar a ser tan varia, activa y dominante la acción del Estado, habría este de imponer considerables cargas a la parte de la nación trabajadora en provecho de la parte páupera. Y es verdad que si llegara la benevolencia a tal punto que los páuperos no necesitasen trabajar para vivir—a lo cual jamás podrán llegar, —se iría debilitando la acción individual, y gravando la condición de los tenedores de alguna riqueza, sin bastar por eso a acallar las necesidades y apetitos de los que no la tienen. Teme además el cúmulo de leyes adicionales, y cada vez más extensas, que la regulación de las leyes anteriores de páuperos causa; pero esto viene de que se quieren legislar las formas del mal, y curarlo en sus manifestaciones; cuando en lo que hay que curarlo es en su base, la cual está en el enlodamiento, agusanamiento y podredumbre en que viven las gentes bajas de las grandes poblaciones, y de cuya miseria—con costo que no alejaría por cierto del mercado a constructores de casas de más rico estilo, y sin los riesgos que Spencer exagera—pueden sin duda ayudar mucho a sacarles las casas limpias, artísticas, luminosas y aireadas que con razón se trata de dar a los trabajadores, por cuanto el espíritu humano tiene tendencia natural a la bondad y a la cultura, y en presencia de lo alto, se alza, y en la de lo limpio, se limpia. A más que, con dar casas baratas a los pobres, trátase sólo de darles habitaciones buenas por el mismo precio que hoy pagan por infectas casucas.” (Martí, 1884)

Martí gab Spencer damit teilweise und auf oberflächliche Weise Recht, wehrte sich aber gegen die direkte Übernahme der Ideen des britischen „Sozialdarwinismus“ auf die Verhältnisse in Lateinamerika. Martí grenzte sich dennoch wenig von Spencer ab. Er forderte erleichternde Einrichtungen für die Armen - bestehendes Eigentum sollte aber nicht angegriffen werden. Die Revolution sollte im Sinne der herrschenden Klasse erfolgen, grundlegende Strukturreformen sollten nicht umgesetzt werden. So war etwa die Agrarreform kein primäres Ziel der Revolution, da Martí die Großgrundbesitzer auf Kuba sonst wohl nicht für seine revolutionären Ideen hätte gewinnen können.

José Martí kritisierte auch den Vorschlag des New Yorker Sozialphilosophen und Bodenreformers Henry George (1839-1897), der sich für die Verstaatlichung des Bodens einsetzte. Laut Martí würden Böden mit geringem Ertrag dadurch überhaupt keinen Ertrag mehr bringen, wodurch die Nation weniger Produkte erzeugen (alles kommt letztlich vom Boden), und der Staat zwangsmäßig anbauen würde. Solche Unterfangen würden zwangsläufig die Zahl der öffentlich Bediensteten in exzessivem Ausmaß erhöhen, mit jeder neuen Funktion des Staates würde eine neue „Kaste“ von Beamten entstehen. José Martí zog das Beispiel Englands heran, wo bei einer immensen Zahl öffentlicher Stellen mit hohem Einkommen nur geringe Arbeitsleistung erbracht würde.

“Henry George anda predicando la justicia de que la tierra pase a ser propiedad de la nación; y la Federación Democrática anhela la formación de "ejércitos industriales y agrícolas conducidos por el Estado". Gravando con más cargas, para atender a las nuevas demandas, las tierras de poco rendimiento, vendrá a ser nulo el de estas, y a tener menos frutos la nación, a quien en definitiva todo viene de la tierra, y a necesitarse que el Estado organice el cultivo forzoso. Semejantes empresas aumentarían de terrible manera la cantidad de empleados públicos, ya excesiva. Con cada nueva función, vendría una casta nueva de funcionarios. Ya en Inglaterra, como en casi todas partes, se gusta demasiado de ocupar puestos públicos, tenidos como más distinguidos que cualesquiera otros, y en los cuales se logra remuneración amplia y cierta por un trabajo relativamente escaso; con lo cual claro está que el nervio nacional se pierde. ¡Mal va un pueblo de gente oficinista!” (Martí, 1884)

Die Macht der Beamten auf Kosten der Bevölkerung hinge laut Martí zusammen mit dem Bedürfnis, sich in einer privilegierten und einträglichen Position zu

wissen. Die Bevölkerung würde nicht dieselbe Komplizenschaft verbinden wie die Beamten, die sich durch den gemeinsamen Vorteil einig wären. Alle öffentlichen Bedürfnisse würden durch den Staat gestillt, was die Position der Beamten wiederum stärken würde. Jene, die Recht oder Gewinn zu verteilen hätten, würden enorm an Einfluss gewinnen. Jemand, der sich vom Staat erhalten ließe anstatt sich selbst zu erhalten, würde also in Art und Ausmaß von der Arbeit abhängig, die der Staat ihm zuwiese. Der Staat hätte die Pflicht und auch die Mittel, dies auszuführen. Man wäre nicht mehr Diener seiner selbst, sondern Diener des Staates; nicht mehr Sklave des Kapitalismus, sondern Sklave der Beamten. In einem solchen sozialistischen System würde die Gemeinschaft den einzelnen Menschen dominieren, der der Gemeinschaft seine Arbeitskraft geben würde. Die Beamten wären ausbeuterische, selbstsüchtige Menschen und sie würden große Macht erlangen, unterstützt von allen, die sich davon Vorteile erhofften. Dieses System der offiziellen Verteilung von gemeinschaftlicher Arbeit würde bald an seine Grenzen stoßen.

Die öffentlichen Missstände wären mit einem solchen Sozialismus spürbar, greifbar und groß, das autokratische Beamtentum würde das müde und arbeitende Fußvolk für seine Zwecke ausnützen, die Knechtschaft wäre allgegenwärtig und bedauernswert.

Das Modell des englischen „Wohlfahrtsstaates“ des 19. Jahrhunderts bildete für José Martí ein Feindbild. In gewisser Weise nahm Martí mit seiner Kritik an der Bürokratie des Staates auch bereits vorweg, was später im Realsozialismus der UdSSR verwirklicht wurde und letztlich scheiterte. Besonders deutlich wird in diesem Text seine liberale Auffassung von Wirtschaft und Politik:

„Todo el poder que iría adquiriendo la casta de funcionarios, ligados por la necesidad de mantenerse en una ocupación privilegiada y pingüe, lo iría perdiendo el pueblo, que no tiene las mismas razones de complicidad en esperanzas y provechos, para hacer frente a los funcionarios enlazados por intereses comunes. Como todas las necesidades públicas vendrían a ser satisfechas por el Estado, adquirirían los funcionarios entonces la influencia enorme que naturalmente viene a los que distribuyen algún derecho o beneficio. El hombre que quiere ahora que el Estado cuide de él para no tener que cuidar él de sí, tendría que trabajar entonces en la medida, por el tiempo y en la labor que pluguiese al Estado asignarle, puesto que a este, sobre quien caerían todos los deberes, se darían naturalmente todas las facultades necesarias para recabar los

medios de cumplir aquellos. De ser siervo de sí mismo, pasaría el hombre a ser siervo del Estado. De ser esclavo de los capitalistas, como se llama ahora, iría a ser esclavo de los funcionarios. Esclavo es todo aquel que trabaja para otro que tiene dominio sobre él; y en ese sistema socialista dominaría la comunidad al hombre, que a la comunidad entregaría todo su trabajo. Y como los funcionarios son seres humanos, y por tanto abusadores, soberbios y ambiciosos, y en esa organización tendrían gran poder, apoyados por todos los que aprovecharían o esperasen aprovechar de los abusos, y por aquellas fuerzas viles que siempre compra entre los oprimidos el terror, prestigio o habilidad de los que mandan, este sistema de distribución oficial del trabajo común llegaría a sufrir en poco tiempo de los quebrantos, violencias, hurtos y tergiversaciones que el espíritu de individualidad, la autoridad y osadía del genio, y las astucias del vicio originan pronta y fatalmente en toda organización humana. "De mala humanidad – dice Spencer – no pueden hacerse buenas instituciones." La miseria pública será, pues, con semejante socialismo a que todo parece tender en Inglaterra, palpable y grande. El funcionarismo autocrático abusará de la plebe cansada y trabajadora. Lamentable será, y general, la servidumbre." (Martí, 1884)

**2.3.3. “De la tiranía de España supo salvarse la América española; y ahora ha llegado para la América española la hora de declarar su segunda independencia” –
Erster Panamerikanischer Kongress in Washington, November 1889**

José Martí nahm als Delegierter der Republik Uruguay an diesem, vom republikanischen US-amerikanischen Außenminister James Blaine mit dem Ziel der wirtschaftlichen Annäherung der neuen lateinamerikanischen Nationen an die USA einberufenen, Ersten Panamerikanischen Kongress teil. Martí kommentierte den Verlauf des Kongresses und dessen Nachwirkungen in der New Yorker Zeitschrift *La Nación* zwischen September 1889 und Juni 1890 fortlaufend, wobei er auf sehr kritische Weise zum Ablauf des Kongresses und zur imperialistischen Haltung der USA Stellung nahm. Im Dezember 1889 wurden in *La Nación* zwei Artikel veröffentlicht, in denen Martí sein Verständnis der von den USA verfolgten Absichten in aller Deutlichkeit aussprach (vgl. Martí, 1889). Der einleitende Absatz in Martí's Artikel nahm die darauffolgende Auseinandersetzung bereits in aller Klarheit vorweg:

“Jamás hubo en América, de la independencia acá, asunto que requiera más sensatez, ni obligue a más vigilancia, ni pida examen más claro y minucioso, que el

convite que los Estados Unidos potentes, repletos de productos invendibles, y determinados a extender sus dominios en América, hacen a las naciones americanas de menos poder, ligadas por el comercio libre y útil con los pueblos europeos, para ajustar una liga contra Europa, y cerrar tratos con el resto del mundo. De la tiranía de España supo salvarse la América española; y ahora, después de ver con ojos judiciales los antecedentes, causas y factores del convite, urge decir, porque es la verdad, que ha llegado para la América española la hora de declarar su segunda independencia.

En cosas de tanto interés, la alarma falsa fuera tan culpable como el disimulo. Ni se ha de exagerar lo que se ve, ni de torcerlo, ni de callarlo. Los peligros no se han de ver cuando se les tienen encima, sino cuando se los puede evitar. Lo primero en política, es aclarar y prever. Sólo una respuesta unánime y viril, para la que todavía hay tiempo sin riesgo, puede libertar de una vez a los pueblos españoles de América de la inquietud y perturbación, fatales en su hora de desarrollo, en que les tendría sin cesar, con la complicidad posible de las repúblicas venales o débiles, la política secular y confesa de predominio de un vecino pujante y ambicioso, que no los ha querido fomentar jamás, ni se ha dirigido a ellos sino para impedir su extensión, como en Panamá, o apoderarse de su territorio, como en México, Nicaragua, Santo Domingo, Haití y Cuba, o para cortar por la intimidación sus tratos con el resto del universo, como en Colombia, o para obligarlos, como ahora, a comprar lo que no puede vender, y confederarse para su dominio.” (Martí, 1889)

José Martí verwies wie folgt auf die innenpolitische Lage der USA und die eng zusammenhängenden wirtschaftlichen und politischen Interessen der USA auf dem amerikanischen Kontinent, auf die Hintergründe dieser Interessen (Transportgesellschaften, Panama-Kanal, etc), sowie auf die Funktion des Panamerikanischen Kongresses 1889 als Werkzeug in den Händen der republikanischen Partei:

“(…) La resistencia que el pudor y el interés imponen, frente a la tentativa extemporánea y violenta de fusión, tiene como aliados naturales los privilegios de la industria local que la fusión lastimará, y los diarios de más concepto, y pensamiento del país. Así que yerra quien habla en redondo, al tratar del congreso, de estas o aquellas ideas, de los Estados Unidos, donde impera, sin duda, la idea continental y particularmente entre los que disponen hoy del mando, pero no sin la flagelación continua de los que ven en el congreso, desde su asiento de los bastidores, el empuje marcado de las compañías que solicitan subvención para sus buques, o el instrumento de que se vale un político hábil y conocedor de sus huestes, para triunfar sobre sus rivales por el agasajo doble de las industrias ricas, ofreciéndoles, sin el trabajo lento de

la preparación comercial, los mercados que apetecen, y a la preocupación nacional, que ve en Inglaterra su enemigo nato, y se regocija con lo mismo que complace a la masa irlandesa, potente en las urnas. Hay que ver, pues, cómo nació el congreso, en qué manos ha caído, cuáles son sus relaciones ocasionales de actualidad con las condiciones del país, y qué puede venir a ser en virtud de ellas, y de los que influyen en el congreso y lo administran. (...) Las industrias estaban ya protegidas en los apuros de la plétora, y pedían política que les ayudase a vender y barcos donde llevar sus mercancías a costa de la nación. Las compañías de vapores, que a condición de reembolso anticipan a los partidos en las horas de aprieto, sumas recias, exigían, seguras de su presa, las subvenciones en lo privado otorgadas. El canal de Panamá, daba ocasión para que los que no habían sido capaces de abrirlo quisiesen impedir que “la caduca Europa” lo abriese, o remedar la política de “la caduca Europa” en Suez, y esperar a que otros lo rematasen para rodearlo.” (Martí, 1889)

Martí verurteilte den wirtschaftlichen Protektionismus der USA bei deren gleichzeitigem Bestreben, sich auf dem lateinamerikanischen Subkontinent neue Absatzmärkte zu schaffen. Dieses auch in den USA spürbare Ungleichgewicht in den außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und den Ländern Lateinamerikas (vor allem Mexiko und Zentralamerika) sollte durch die Schaffung von Abkommen, die auf Machtgefällen beruhten, ausgeglichen werden.

“Los magnates republicanos tienen parte confesa en las industrias amparadas por la protección. Los de la lana contribuyeron a las elecciones con sumas cuantiosas, porque los republicanos se obligaban a no rebajar los derechos de la lana. Los del plomo contribuyeron para que los republicanos cerrasen la frontera al plomo de México. Y los del azúcar. Y los del cobre. Y los de los cueros, que hicieron ofrecer la creación de un derecho de entrada. El congreso estaba lejos. Se prometía a los manufactureros el mercado de las Américas: se hablaba, como con antifaz, de derechos misteriosos y de “resultados inevitables”: a los criadores y extractores se les prometió tener cerrado a los productos de afuera el mercado doméstico: no se decía que la compra de las manufacturas por los pueblos españoles habría de recompensarse comprándoles sus productos primos, o se decía que habría otro modo de hacérselos comprar, “el resultado inevitable”, “el sueño de Clay”, “el destino manifiesto”; el verso de Sewall, corría de diario en diario, como lema del canal de Nicaragua: “o por Panamá, o por Nicaragua, o por los dos, porque los dos serán nuestros”: “ya es nuestra la península de San Nicolás, en Haití, que es la llave del golfo”, triunfó con la fuerza oculta de la leyenda, redoblada con la necesidad inmediata del poder, el partido que venía uniendo en sus promesas la una con la otra.

Y al realizarse el congreso, y chocar los intereses de los manufactureros con los de los criadores y extractores, se ve de realce la imposibilidad de asegurar la venta al fabricante proteccionista sin cerrar en cambio el mercado de la nación, por la entrada libre de los frutos primos a los extractores y criadores proteccionistas; y la necesidad de salir del dilema de perder el poder en las elecciones próximas por falta de su apoyo, o conservar su apoyo por el prestigio de convenios artificiales, obtenidos a fuerza de poder (...).” (Martí, 1889)

Martí warnte vor den imperialistischen Absichten, die den Panamerikanischen Kongress begleiten könnten, und vor dem Alleinanspruch der USA auf Freiheit - mit der sie die anderen Völker auf dem amerikanischen Kontinent ihrer Freiheit berauben wollten, und rief gegen unnötige Bündnisse mit einem aggressiven Volk auf:

“Y cuando se determine si los pueblos que han sabido fundarse por sí, y mejor mientras más lejos, deben abdicar su soberanía en favor del que con más obligación de ayudarles no les ayudó jamás, o si conviene poner clara, a donde el universo vea, la determinación de vivir en la salud de la verdad, sin alianzas innecesaria con un pueblo agresivo de otra composición y fin, antes de que la demanda de alianza forzosa se encone y haga caso de vanidad y punto de honra nacional, - lo que habrá de estudiarse serán los elementos del congreso, en sí y en los que de afuera influye en él, para augurar si son más las probabilidades de que se reconozcan, siquiera sea para recomendación, los títulos de patrocinio y prominencia en el continente, de un pueblo que comienza a mirar como privilegio suyo la libertad, que es aspiración universal y perenne del hombre, y a invocarla para privar a los pueblos de ella (...).” (Martí, 1889)

2.3.4. “Gobernar no es más que prever. Antes de unirse a un pueblo, se ha de ver qué daños, o qué beneficios, pueden venir naturalmente de los elementos que lo componen” - Internationale Währungs-kommission (Comisión Monetaria Internacional), 1891

In der Einladung zum *Panamerikanischen Kongress* in Washington 1889 wurde unter anderem die Diskussion über die „Einführung einer, für die Handelsbeziehungen der Bewohner aller Länder des amerikanischen Kontinents verpflichtenden, gemeinsamen Währung aus Silber“ angeführt. Kurz darauf, im April 1890, wurde von der Konferenz die Einführung einer internationalen Währungsunion empfohlen, basierend auf einer oder mehreren internationalen

Währungen gleichen Gewichts und Edelmetallgehalts, die in den an der Konferenz teilnehmenden Ländern Verwendung finden sollten. In Washington sollte eine Kommission eingerichtet werden, um die Menge, den Kurs, den Wert und den Edelmetallgehalt der internationalen Währung zu bestimmen. Im März 1891 wurde von der US-amerikanischen Delegation dieser *Internationalen Währungskommission* vorgebracht, dass die Einigung mit den anderen Weltmächten bezüglich einer Einheitswährung auf dem amerikanischen Kontinent notwendig sei, und man schlug eine Einheitswährung aus Gold oder Silber vor. José Martí (Martí, 1891 c) zog daraus folgenden Schluss:

“A lo que se ha de estar no es a la forma de las cosas, sino a su espíritu. Lo real es lo que importa, no lo aparente. En la política, lo real es lo que no se ve. La política es el arte de combinar, para el bienestar creciente interior, los factores diversos u opuestos de un país, y de salvar al país de la enemistad abierta o la amistad codiciosa de los demás pueblos. A todo convite entre pueblos hay que buscarle las razones ocultas. Ningún pueblo hace nada contra su interés; de lo que se deduce que lo que un pueblo hace es lo que está en su interés. Si dos naciones no tienen intereses comunes, no pueden juntarse. Si se juntan, chocan. Los pueblos menores, que están aún en los vuelcos de la gestación, no pueden unirse sin peligro con los que buscan un remedio al exceso de productos de una población compacta y agresiva, y un desagüe a sus turbas inquietas, en la unión con los pueblos menores. Los actos políticos de las repúblicas reales son el resultado compuesto de los elementos del carácter nacional, de las necesidades económicas, de las necesidades de los partidos, de las necesidades de los políticos directores. (...) el que siente en su corazón la angustia de la patria, el que vigila y prevé, ha de inquirir y ha de decir qué elementos componen el carácter del pueblo que convida y el del convidado, y si están predispuestos a la obra común por antecedentes y hábitos comunes, y si es probable o no que los elementos temibles del pueblo invitante se desarrollen en la unión que pretende, con peligro del invitado; ha de inquirir cuáles son las fuerzas políticas del país que le convida, y los intereses de sus partidos, y los intereses de sus hombres, en el momento de la invitación. Y el que resuelva sin investigar, o desee la unión sin conocer, o la recomiende por mera frase y deslumbramiento, o la defienda por la poquedad del alma aldeana, hará mal a América. ¿En qué instantes se provocó y se vino a reunir, la Comisión Monetaria Internacional? ¿Resulta de ella, o no, que la política internacional americana es, o no es, una bandera de política local y un instrumento de la ambición de los partidos? ¿Han dado, o no, esta lección a Hispanoamérica los mismos Estados Unidos? ¿Conviene a Hispanoamérica desoirla, o aprovecharla? (...) Prever es la cualidad esencial en la constitución y gobierno de los pueblos. Gobernar no es más que prever. Antes de unirse a un pueblo, se ha de

ver qué daños, o qué beneficios, pueden venir naturalmente de los elementos que lo componen.” (Martí, 1891 c)

José Martí stellte in Frage, ob die Macht und der Reichtum der USA nicht Folge einer moralischen Verarmung seien. Er stellte fest, dass die Größe eines Volkes nur durch eigene Anstrengung, im jeweils eigenen Kontext und nach eigenen Methoden erreicht werden kann. Länder, die keine gemeinsamen Lebensweisen und Methoden hätten, könnten auch bei gleichen Zielen nicht mit denselben Methoden an einem gemeinsamen Ziel arbeiten. Martí bezog sich dabei auf das „barbarische“ Verhalten der USA (vgl. Martí, 1891 c) und die Geringschätzung Lateinamerikas durch die USA.

“Creen en la necesidad, en el derecho bárbaro, como único derecho: "esto será nuestro, porque lo necesitamos". Creen en la superioridad incontrastable de "la raza anglosajona contra la raza latina". Creen en la bajeza de la raza negra, que esclavizaron ayer y vejan hoy, y de la india, que exterminan. Creen que los pueblos de Hispanoamérica están formados, principalmente, de indios y de negros. Mientras no sepan más de Hispanoamérica los Estados Unidos y la respeten más, -como con la explicación incesante, urgente, múltiple, sagaz, de nuestros elementos y recursos, podrían llegar a respetarla, -¿pueden los Estados Unidos convidar a Hispanoamérica a una unión sincera y útil para Hispanoamérica? ¿Conviene a Hispanoamérica la unión política y económica con los Estados Unidos?“ (Martí, 1891 c)

Wirtschaftliche Union bedeutete für Martí politische Union⁸, wirtschaftlich abhängige Länder unterwerfen sich der Macht der kaufkräftigen Nation, Martí hielt es für wichtig mit mehr als einem Land Handelsbeziehungen zu betreiben, um den politischen Einfluss geringer zu halten. Um ein Volk beherrschen zu können, würde es zuerst von anderen Völkern isoliert. Um die Freiheit eines Volkes zu bewahren, müsse es mit mehreren, gleich starken Ländern in Geschäftsbeziehung stehen. Die Tatsache, auf demselben Kontinent zu leben verpflichte nicht zu politischer Einheit; die starke Bindung an einen Teil der Welt würde die Entfernung vom Rest der Welt bedeuten. José Martí wies auf die Möglichkeit einer einheitlichen Währung hin, und auf die Wichtigkeit eines stabilen Verhältnisses zwischen Silber und Gold, betonte aber, dass dies nicht erreicht werden könne, indem man Lateinamerika durch eine Einheitswährung an

⁸ siehe Kapitel 4: Interpretation der Bedeutung von Wirtschaft

die USA binde, eine Währung die von den Gläubigern in Europa nicht akzeptiert würde. Die Schaffung einer Einheitswährung unter Ländern, die wenig Handel betreiben - aus Gründen der Währung - führe zur Störung der Handelsbeziehung mit Ländern, mit denen viel gehandelt würde. Größtes Hindernis für die Einführung der einheitlichen Silberwährung war für Martí die Furcht vor der exzessiven Produktion dieser Währung in den USA (Martí, 1891 b) und der fiktive Wert, den die USA dieser Währung durch ihre Gesetzgebung geben könnten. Alles was diese Befürchtungen erhöhe, schade dem Silber. Das Schicksal der Silberwährung liege in der Diskretion ihrer Produzenten. Die Produktion des Silbers zu steigern würde die Währung entwerten. Das Silber Lateinamerikas stiege und fiel mit dem universellen Silber. Die Länder Lateinamerikas verkauften ihre Güter vor allem in Europa, und erhielten von Europa Kredite: Martí stellte also die Frage, welche Folgen es haben konnte, in ein Währungssystem einzutreten, das in Europa entwertet würde.

Wie bereits erwähnt, nannte Martí als das größte Hindernis für die Einführung der Silberwährung und eines fixen Kurses dieser Einheitswährung mit Gold die Furcht vor deren exzessiver Produktion und fiktivem Wert in den USA:

“(...) cuando el mayor obstáculo al reconocimiento y fijeza de la moneda de plata es el temor de su producción excesiva en los Estados Unidos, y del valor ficticio que los Estados Unidos le puedan dar por su legislación, todo lo que aumente este temor, daña a la plata (...)” - in diesem Sinne gab Martí zu bedenken, welchen Vorteil einerseits für die lateinamerikanischen Länder, die Silber produzieren, und andererseits für die USA selbst eine Währung hätte, die einen größeren Einfluss des Staates und zunehmende Zirkulation des Silbers in den USA sicherte. Für Martí galt das Eingreifen des Staates in die Wirtschaft als „unnatürlich“, sein Ideal war eine „natürliche“ Wirtschaft der Kleinproduzenten im Sinne des freien Marktes. Martí betonte die Notwendigkeit einer fixen Parität zwischen Gold und Silber, auf deren Grundlage eine Einheitswährung basieren würde. Einheit würde nach Martí jedoch nicht erreicht werden, indem man ganze Völker gegeneinander aufbringe.

„(...) Por el universo todo debiera ser una la moneda. Será una. Todo lo primitivo, como la diferencia de monedas, desaparecerá, cuando ya no haya pueblos primitivos⁹. Se ha de poblar la tierra, para que impere, en el comercio como en la política, la paz

igual y culta. Ha de procurarse la moneda uniforme. Ha de hacerse cuanto prepare a ella. Ha de reconocerse el uso legal de los metales imprescindibles. Ha de establecerse una relación fija entre el oro y la plata. Ha de desearse, y de ayudar a realizar, cuanto acerque a los hombres y les haga la vida más moral y llevadera. Ha de realizarse cuanto acerque a los pueblos. Pero el modo de acercarlos no es levantarlos unos contra otros; ni se prepara la paz del mundo armando un continente contra las naciones que han dado vida y mantienen con sus compras a la mayor parte de los países de él; ni convidando a los pueblos de América, adeudados a Europa, a combinar, con la nación que nunca les fió, un sistema de monedas cuyo fin es compeler a sus acreedores de Europa, que les fía, a aceptar una moneda que sus acreedores rechazan.

La moneda del comercio ha de ser aceptable a los países que comercian. Todo cambio en la moneda ha de hacerse, por lo menos, en acuerdo con los países con que se comercia más. El que vende no puede ofender a quien le compra mucho, y le da crédito, por complacer a quien le compra poco, o se niega a comprarle, y no le da crédito. Ni lastimar, ni alarmar siquiera, debe un deudor necesitado a sus acreedores. No debe levantarse entre países que comercian poco, o no dejan de comerciar por razones de moneda, una moneda que perturba a los países con quienes se comercia mucho. Cuando el mayor obstáculo al reconocimiento y fijeza de la moneda de plata es el temor de su producción excesiva en los Estados Unidos, y del valor ficticio que los Estados Unidos le puedan dar por su legislación, todo lo que aumente este temor, daña a la plata. El porvenir de la moneda de plata está en la moderación de sus productores. Forzarla, es depreciarla. La plata de Hispanoamérica se levantará o caerá con la plata universal. Si los países de Hispanoamérica venden, principalmente, cuando no exclusivamente, sus frutos en Europa, y reciben de Europa empréstitos y créditos, ¿qué conveniencia puede haber en entrar, por un sistema que quiere violentar al europeo, en un sistema de moneda que no se recibiría, o se recibiría depreciada, en Europa?“ (Martí, 1891 c)

Martí betonte, dass der Panamerikanische Kongress die lateinamerikanischen Republiken von zukünftigen Belastungen hätte befreien müssen, den industriellen Überfluss durch den wahllosen Protektionismus hätte erkennen müssen: den latenten Kolonialismus und die Notwendigkeit der republikanischen Partei den Industriellen, ihren protektionistischen Erhaltern, zu schmeicheln. Der Kongress hatte laut Martí hinausgeschoben was er nicht zu lösen vermochte. Die US-amerikanische Delegation empfahl die Schaffung einer oder mehrerer internationaler Einheitswährungen und die Einrichtung einer Kommission, während die Vertreter der lateinamerikanischen Republiken höflich zuhörten. Einheitlich sei nicht der Blick auf die Währung gewesen, sondern der Zweifel, und die Sicherheit dass es kein Übereinkommen geben würde.

“Pero el Congreso Panamericano, que pudo ver lo que no siempre vio; que debió librar a las repúblicas de América de compromisos futuros de que no las libró; que debió estudiar las propuestas de la convocatoria por sus antecedentes políticos y locales, -la plétora fabril traída por el proteccionismo desordenado, -la necesidad del Partido Republicano de halagar a sus mantenedores proteccionistas, -la ligereza con que un prestidigitador político, poniéndole colorines de república a una idea imperial, podía lisonjear a la vez, como bandera de candidato, el interés de los productores ansiosos de vender y la conquista latente y poco menos que madura en la sangre nacional;-el Congreso Panamericano, que demoró lo que no quiso resolver, por un espíritu imprudente de concesión innecesaria, o no pudo resolver, por empeños sinuosos o escasez de tiempo, -recomendó la creación de una Unión Monetaria Internacional, -la creación de una o más monedas internacionales, -la reunión de una Comisión que acordase el tipo y reglamentación de la moneda. Las repúblicas de América atendieron, cortesmente, la recomendación. Los delegados de la mayoría de ellas se reunieron en Washington, México y Nicaragua, y el Brasil y el Perú, y Chile y la Argentina, delegaron a sus ministros residentes. El ministro argentino renunció el puesto, que ocupó más tarde otro delegado. Las otras repúblicas enviaron delegados especiales. El Paraguay no envió. Ni envió Centroamérica, fuera de Nicaragua, y de Honduras, cuyo delegado, hijo de un almirante norteamericano, no hablaba español. Presidió la Comisión, por acuerdo unánime, el Ministro de México. Sesiones de uso, comisiones previas, reglamento; lo uniforme no era allí la moneda, sino la duda, cambiada a chispazos en los debates, -la seguridad-de que no podía llegarse a acuerdo (...). (Martí, 1891 c)

Die vom Kongress einberufene *Comisión Monetaria Internacional Americana* wurde damit beauftragt, die Vorschläge der US-amerikanischen Delegation zu prüfen. Die Kommission bestand aus Vertretern Chiles, Argentiniens, Brasiliens, Kolumbiens und Uruguays. Am 30. März 1891 verlas José Martí als Delegierter Uruguays, den Bericht “Informe sobre Bimetalismo” in Washington, in spanischer und englischer Sprache. Die abschließende Beurteilung der Vorschläge aus der Sicht der lateinamerikanischen Delegierten lautete wie folgt:

“No ha de haber prisa censurable en provocar, ni en contraer entre los pueblos, compromisos innecesarios que estén fuera de la naturaleza y de la realidad. Ni han de negarse los pueblos, por reparos pueriles, a tratar unidos cuantos asuntos tiendan a fomentar, por el cambio amistoso de las ideas, y el creciente conocimiento y respeto mutuos, los intereses legítimos, cuyo comercio natural asegura, en vez de comprometer, la paz de las naciones.

Con este espíritu y con cordial aprecio del que visiblemente anima las proposiciones de

la delegación de los Estados Unidos, la Comisión de estudio, conservando íntegras la primera y segunda de ellas, y alterando sólo la tercera, tiene el honor de someter a la Comisión Monetaria, en cumplimiento de su encargo, las siguientes proposiciones:

1) Que reconociendo plenamente la gran conveniencia e importancia que vendría al comercio la creación de una moneda o monedas internacionales, no se cree por ahora oportuno recomendarla, vista la actitud de algunos de los grandes poderes comerciales de Europa hacia la plata, como uno de los metales en curso, y los diversos tipos de relación establecidos entre el oro y la plata por los varios países representados en la Comisión.

2) Que muchas dificultades para el establecimiento de una moneda o monedas internacionales podrían desaparecer con la adopción del bimetalismo y el establecimiento de una relación común entre el oro y la plata por los grandes poderes comerciales.

3) Que sería conveniente que se reuniese, en Londres o en París, una Conferencia Monetaria Universal, con asistencia de los países americanos; y que la Comisión recomienda la asistencia a ella de todas las repúblicas." (Martí, 1891 b)

Martí stellte damit die Frage, wer welchen Vorteil aus den Verhandlungen ziehen würde. Eine Kommission, die in der Willkür der komplexen Beziehungen zwischen Lateinamerika und den USA letzteren mehr zugestehen würde, als den lateinamerikanischen Völkern gut täte, wäre laut Martí ein zu großes Risiko für die lateinamerikanischen Länder.

3. Bedeutung der Wirtschaft für das zentrale Erkenntnisinteresse und das politische Interesse José Martí

„ Quien dice unión económica, dice unión política. El pueblo que compra, manda. El pueblo que vende, sirve. Hay que equilibrar el comercio, para asegurar la libertad". (Martí, 1891 c)

Wie diese und andere Zeilen Martí's zeigen, zog er entscheidende Parallelen zwischen Wirtschaft und Politik und zeigte ihre Verflechtungen auf. Für José Martí war die Unabhängigkeit in Handelsbeziehungen unabdinglich für einen unabhängigen demokratischen Staat, zu dem Kuba gemäß seinem zentralen Erkenntnisinteresse (Streben nach sozialem Ausgleich und Unabhängigkeit für Kuba und alle anderen lateinamerikanischen Staaten) werden sollte. Martí warnte immer wieder vor einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten, denn optimale

Handelsbeziehungen waren für ihn nur mit mehreren gleich starken Ländern (zu jener Zeit die USA und diverse Länder Europas) möglich. Er warnte vor einer gemeinsamen Wirtschaftsunion zwischen USA und Mexiko, die damals zur Diskussion stand, denn diese zöge nicht nur Nachteile für Mexiko nach sich, sondern ebenso für die anderen lateinamerikanischen Länder, die ihre Wirtschaft ebenfalls auf den Export von Primärprodukten ausgerichtet hatten.

Als vorrangiges Ziel für die wirtschaftliche Umgestaltung in der künftigen unabhängigen kubanischen Republik strebte Martí eine Umstrukturierung der Landwirtschaft an, jedoch keine Landreform: weg von der Plantagenwirtschaft, die nur der Oligarchie nützte, hin zu einer Landwirtschaft, die sich auf viele selbständige Kleinbauern stützen sollte. Er räumte der Landwirtschaft als Produktionsfaktor höchste Priorität ein, allerdings mit dem unverzichtbaren Einsatz neuer Technologien, denn die veralteten Techniken im Land waren seiner Meinung nach nicht mehr wettbewerbsfähig. Hier zeigt sich wieder sein Leitgedanke, (wirtschaftliche) asymmetrische Hierarchien zu verhindern: nicht nur zwischen einzelnen Ländern, sondern auch innerhalb Kubas. Damit die landwirtschaftliche Produktion gesteigert werden konnte, befürwortete Martí den Import von technischem Wissen, Maschinen und Geräten. Keineswegs für zielführend hielt er in diesem Zusammenhang allerdings die Ausbildung der jungen Kubaner in den Vereinigten Staaten, vielmehr plädiert er dafür, die erforderlichen einheimischen Experten in lateinamerikanischen Ländern auszubilden. Dieser Standpunkt Martí's scheint vielleicht weniger widersprüchlich, wenn man davon ausgeht, dass er trotz seiner revolutionären Ideen im Interesse seiner bürgerlichen Herkunft handelte, und die Tatsache beachtet, dass der Besitz der Produktionsmittel und Zugang zu Wissen auch bei Martí einer gehobenen Schicht vorbehalten bleiben sollte. Es ist also nicht eindeutig festzustellen, an welcher Stelle sich Martí's Sozialismus zwischen Feudalismus und Kapitalismus situierte. Die wichtige Rolle, die er der „Nation“ in seinem Entwurf eines demokratischen Kuba einräumte, seine Akzeptanz gegenüber kapitalistischer Produktionsverhältnisse in einer abgeschwächten Form, im Rahmen eines gestärkten Nationalstaates, erinnert an die sozialdemokratische Politik des späteren *Cepalismo* (Raul Prebisch). Der Sozialismus, den Martí vertrat, war noch wenig ausgereift und unterschied sich in vielen Aspekten (Eigentum an Produktionsmittel, Rolle des Staates etc.) von den sozialistischen Theorien, die zu jener Zeit in Europa entstanden.

Es fällt auch auf, dass Martí keine Strategien für eine gleichmäßigere Verteilung zwischen den wirtschaftlichen Sektoren innerhalb Kubas überdachte, etwa den Aufbau eines Industriesektors mit der Entwicklung eigener Technologien, denn eine bessere Streuung der wirtschaftlichen Möglichkeiten wäre ein zusätzlicher Garant für politische Unabhängigkeit gewesen. Daraus lässt sich schließen, dass José Martí den Produktionsweisen als einem Kernbereich der Wirtschaft bei Weitem nicht dieselbe Bedeutung einräumte, wie Marx dies tat. Die Verdrängung der Großgrundbesitzer sollte nach der marxistischen Theorie zunächst durch die Bourgeoisie erfolgen, wodurch das Proletariat entstehen konnte, das etwas an den ausbeuterischen Produktionsstrukturen verändern sollte. Es zeigt sich hier ein weiteres Mal, dass sich José Martí's Verständnis von Wirtschaft recht einseitig auf den Bereich des (Außen)Handels bezog. Wenn er auch gelegentlich wirtschaftspolitische Maßnahmen in seinen Artikeln andachte, entwickelte er keine Strategien zu deren Umsetzung (Ansätze eines Sozialstaates, die sich vom englischen Modell unterschieden; Eigentum an Produktionsmitteln; technisches Wissen, etc).

Martí vertrat eine klar formulierte Meinung in der Diskussion über die Einführung einer gemeinsamen amerikanischen Silberwährung. Für ihn bestand die größte Gefahr darin, dass die USA durch eine gemeinsame Silberwährung bzw. eines *bimetallismo* (internationale Parallelwährung von Gold und Silber, basierend auf einem fixen Wechselkurs) aller amerikanischen Staaten gleichzeitig die politische Vormacht auf dem amerikanischen Kontinent bekämen, weil sie die lateinamerikanischen Staaten mit dieser Maßnahme von den wichtigsten Handelspartnern in Europa isolieren würden. Da anzunehmen war, dass Europa die neuen Währungsmodelle nicht akzeptieren würde, bekämen die in Europa hoch verschuldeten lateinamerikanischen Staaten gravierende Probleme mit den Kreditrückzahlungen und wären dadurch wieder in stärkerem Ausmaß auf die Handelsbeziehungen mit der USA angewiesen.

4. Interpretation der Bedeutung von Wirtschaft

„Quien dice unión económica, dice unión política. El pueblo que compra, manda. El pueblo que vende, sirve. Hay que equilibrar el comercio, para asegurar la libertad. El pueblo que quiere morir, vende a un solo pueblo, y el que quiere

salvarse, vende a más de uno. El influjo excesivo de un país en el comercio de otro, se convierte en influjo político. La política es obra de los hombres, que rinden sus sentimientos al interés, o sacrifican al interés una parte de sus sentimientos. Cuando un pueblo fuerte da de comer a otro, se hace servir de él. Cuando un pueblo fuerte quiere dar batalla a otro, compele a la alianza y al servicio a los que necesitan de él. Lo primero que hace un pueblo para llegar a dominar a otro, es separarlo de los demás pueblos. El pueblo que quiera ser libre, sea libre en negocios. Distribuya sus negocios entre países igualmente fuertes. Si ha de preferir a alguno, prefiera al que lo necesite menos, al que lo desdeñe menos. Ni uniones de América contra Europa, ni con Europa contra un pueblo de América. El caso geográfico de vivir juntos en América no obliga, sino en la mente de algún candidato o algún bachiller, a unión política. El comercio va por las vertientes de tierra y agua y detrás de quien tiene algo que cambiar por él, sea monarquía o república. La unión, con el mundo, y no con una parte de él; no con una parte de él, contra otra. Si algún oficio tiene la familia de repúblicas de América, no es ir de arria de una de ellas contra las repúblicas futuras.“

(Martí, 1891 c)

Dieser Textabschnitt aus dem politischen Kommentar „La conferencia monetaria de las Repúblicas de América“, der im Mai 1891 in der New Yorker Zeitschrift *La Revista Ilustrada* erschien, scheint wie eine Rede konzipiert und bezieht sich in plakativer Weise und durch wenig konkrete Sachinformation auf die Strukturierung von Handelsbeziehungen zwischen verschiedenen Ländern, wobei Martí in erster Linie an das Erkennen der offensichtlich imperialistischen Tendenz im wirtschaftspolitischen Vorgehen der USA gegenüber dem amerikanischen Kontinent appellierte.

Die Kernthese, die der Autor an dieser Stelle und in vielen anderen seiner politischen Texte betonte, setzt die aus Handelsbeziehungen resultierende Abhängigkeit mit politischer Abhängigkeit gleich. Ausgewogene Handelsbeziehungen mit unterschiedlichen Außenhandelspartnern stellten daher für Martí die wichtigste Voraussetzung wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit dar, er setzte sich für die Erhaltung wirtschaftlicher Beziehungen mit gleich mächtigen Ländern ein und plädierte dafür, unterschiedliche Produkte mit mehreren Nationen zu handeln.

Martí wies auf die starke Verflechtung der internationalen Wirtschaft hin und betonte, dass die geographische Lage nicht ausschlaggebend dafür sein dürfe um infolge politischen Kalküls Wirtschaftblöcke zu bilden. Genauso wenig dürften die Regierungsformen der jeweiligen Länder für Handelsbeziehungen ausschlaggebend sein. Martí nahm an, dass Wirtschaft national durch Politik gesteuert werden könnte, und dass die jeweilige nationale Regierung die Bedingungen vorzugeben habe, in welcher Form und in welchem Ausmaß mit anderen Staaten Handel betrieben werden sollte. Nicht zu vergessen ist dabei, dass José Martí in seinen Ausführungen stets einen starken Nationalstaat als Grundlage für einen funktionierenden Wirtschaftssektor voraussetzte.

José Martí äußerte sich in diesem und anderen Texten generell gegen den Positivismus und gegen die Vereinnahmung Lateinamerikas durch den Imperialismus der USA. Als einer der bedeutendsten Repräsentanten des lateinamerikanischen Modernismus distanzierte er sich jedoch nicht immer eindeutig von allen positivistischen Ideen (z.B. Herbert Spencer, siehe Kapitel 2.3.2.).

Der Inhalt dieses Textabschnitts ist auf Rhetorik und Gefühl und weniger auf klärende Sachverhalte aufgebaut. Es fehlen exakte Fakten und Zahlen. In diesem sehr programmatisch ausgerichteten Appell setzt José Martí weniger auf konkrete Argumente denn auf Agitation. Er drückt sich in sehr allgemein gehaltener Form für wirtschaftliche Autonomie und gegen wirtschaftliche und politische Abhängigkeit aus. Es handelt sich um einen sehr redundanten Text, in dem José Martí dieselbe Idee mit immer anderen Bildern, die an Metaphern erinnern, wiederholt. Er geht so vor, um die Rezipienten mit verschiedenen Assoziationsstrukturen auf den für ihn zentralen und entscheidenden Gedanken einzustimmen, in einer Form wie es der rhetorischen Tradition jener Zeit entspricht. Diese wurde von José Martí hervorragend beherrscht.

Zusammenfassung

José Martí kann als literarisches und wissenschaftliches Multitalent einer Zeit bezeichnet werden, als die vorrangigen wissenschaftlichen Disziplinen noch in einer einzelnen herausragenden und gelehrten Person vereint werden konnten. So wurde der holistische und „interdisziplinäre“ Zugang zu den politischen

Ereignissen auf dem amerikanischen und europäischen Kontinent zu Ende des 19. Jahrhunderts möglich, von dem ausgehend José Martí die großen Veränderungen seiner Zeit in seinen Texten reflektierte. In seinen politischen und wirtschaftlichen Konzepten hatte er immer das freie und prosperierende Kuba im Auge, aber ebenso die ökonomische und soziale Ausgewogenheit in allen anderen unabhängigen lateinamerikanischen Staaten. In seinem Wirken als lateinamerikanischer Aktivist und Diplomat im US-amerikanischen Exil lag sein politisches Ziel darin, die lateinamerikanischen Regierungen auf die Gefahren des US-amerikanischen Imperialismus hinzuweisen.

Als der geistige Führer der kubanischen Unabhängigkeitsbewegung beabsichtigte José Martí einerseits die Wurzeln der durch die spanische Kolonialherrschaft verursachten Ausbeutung großer Bevölkerungsschichten zu eliminieren und für soziale, politische und wirtschaftliche Gerechtigkeit im Land zu sorgen. Andererseits bemühte er sich darum, den Hegemoniebestrebungen der USA auf der Karibikinsel Einhalt zu gebieten. Die größte Gefahr für die Unabhängigkeit Kubas bestand seiner Meinung nach nicht nur durch die Vereinnahmung seitens der spanischen Kolonialherren, aus deren Einfluss es sich zu lösen galt, sondern resultierte vor allem aus den Ambitionen der USA, die lateinamerikanischen Länder und allen voran Kuba im Sinne des Panamericanismo in wirtschaftliche Abhängigkeit und Isolation zu drängen. Dass seine Befürchtungen nicht unberechtigt waren, erwies sich als am Ende des Unabhängigkeitskrieges und drei Jahre nach seinem Tod zunächst für vier Jahre (1898-1902) seine schlimmsten Prognosen eintraten: Kuba wurde zu einem Protektorat der USA statt im Sinne José Martí's unabhängig und frei zu sein.

Als wichtigsten Pfeiler für die Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Länder erachtete Martí ausgewogene Handelsbeziehungen mit möglichst vielen Nationen und warnte eindringlich vor der Dependenz, die der Handel mit einem einzigen politisch und wirtschaftlich mächtigen Land oder die Konzentration auf ein einziges Exportprodukt nach sich ziehen könnte. Deshalb kritisierte er die Politik des von den USA ausgehenden Panamericanismus ebenso wie die von den USA angestrebten bilateralen Außenhandelsabkommen mit den unabhängigen lateinamerikanischen Ländern. Martí zeigte auch die Gefahren auf, die eine von den USA empfohlene gemeinsame amerikanische Einheitswährung für die Staaten Lateinamerikas bedeuten würde. Er wies alle ausländischen Konzepte zurück und plädierte für einen eigenständigen

politischen und wirtschaftlichen Weg für die jungen lateinamerikanischen Nationen.

Das freie Kuba sollte sich nach seinen Vorstellungen zu einem Land der Kleinbauern und Händler entwickeln. Er sprach sich für eine Modernisierung des Agrarsektors und den Wissenstransfer aus den Zentren aus. Eine echte Agrarreform war jedoch nicht Inhalt seines politischen Programms, denn er argumentierte gegen eine Verstaatlichung des Bodens und gegen eine übermäßige Intervention des Staates in den wirtschaftlichen Abläufen.

Martí setzte sich in seinem wirtschaftlichen Denken vorrangig mit Handelsbeziehungen auseinander. Über Produktions- und Arbeitsbedingungen stellte er kaum Reflexionen an.

José Martí setzte sich Zeit seines Lebens für ein unabhängiges Kuba ein. Er gilt noch heute sowohl als der *autor intelectual* des Unabhängigkeitskrieges von 1895, wie auch als der Wegbereiter für die Revolution und den kubanischen Sozialismus des 20. Jahrhunderts. Auf Martí berief sich nicht nur der zu seinen Lebzeiten erst im Entstehen begriffenen Sozialismus. Seine sehr allgemein gehaltenen Aussagen und viele aus dem Zusammenhang seiner Texte und Reden gerissenen Zitate wurden von allen nach der Unabhängigkeit eingerichteten Regierungen demokratischer und diktatorischer Ausrichtung zur Legitimierung ihres politischen Handelns vereinnahmt.

Bibliographie

- Bernecker, Walter (1994): "Cuba 1898. Cambio de dependencia: del colonialismo formal al imperialismo informal" in: Ette, Ottmar; Heydenreich, T. - Hrsg: *José Martí 1895 – 1995*. Lateinamerika-Studien 34. Frankfurt am Main.
- Bernecker, Walter (2000): "El fin de siglo en el Río de la Plata: intereses internacionales y reacciones latinoamericanas" in: *José Enrique Rodó y su tiempo: cien años de Ariel*; Hrsg.: Ottmar Ette, Coloquio Interdisciplinario de la Sección Latinoamericana, Instituto Central de la Universidad Erlangen-Nürnberg, Lateinamerika-Studien 42.
- Ette, Ottmar (1991): *José Martí. Teil I: Apostel – Dichter – Revolutionär. Eine Geschichte seiner Rezeption*, Max Niemeyer Verlag, Tübingen.
- Ette, Ottmar; Heydenreich, T. – Hrsg. (1994a): *José Martí 1895 – 1995*. Lateinamerika-Studien 34. Frankfurt am Main.
- Ette, Ottmar (1994b): Vorwort zu "Ariel" von José Enrique Rodó, Dietrich'sche Verlagsbuchhandlung, Mainz 1994.
- Halperin Donghi, Tulio (1991): *Geschichte Lateinamerikas von der Unabhängigkeit bis zur Gegenwart*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a/M.
- Martí, José (1883a): „El tratado comercial entre los Estados Unidos y México" in LA AMÉRICA, New York, März 1883. *Obras Completas* (Band 7), pp. 17–22, Editorial de Ciencias Sociales, La Habana 1975. www.filosofia.cu/marti/
- Martí, José (1883b): "A aprender en las haciendas", in LA AMÉRICA, New York, August 1883. *Obras Completas* (Band 8), pp. 275–277, Editorial de Ciencias Sociales, La Habana 1975. www.filosofia.cu/marti/
- Martí, José (1884): "La futura esclavitud", in LA AMÉRICA, New York, April 1884. *Obras Completas* (Band 15), pp. 388–392, Editorial de Ciencias Sociales, La Habana 1975. www.filosofia.cu/marti/
- Martí, José (1889): "El Congreso de Washington", in LA NACIÓN, Buenos Aires, 1889. *Obras Completas* (Band 6), pp. 33–40, Editorial de Ciencias Sociales, La Habana 1975. www.filosofia.cu/marti/
- Martí, José (1891a): "Nuestra América", in, EL PARTIDO LIBERAL México, Januar 1891 und LA REVISTA ILUSTRADA, New York, Januar 1891. *Obras Completas* (Band 6), pp. 388–392, Editorial de Ciencias Sociales, La Habana 1975. www.filosofia.cu/marti/
- Martí, José (1891b): "Comisión Monetaria Internacional Americana – Informe sobre Bimetallismo", Washington, März 1891. *Obras Completas* (Band 6), pp. 150 – 154, Editorial de Ciencias Sociales, La Habana 1975.
- Martí, José (1891c): "La conferencia monetaria de las Repúblicas de América", in LA REVISTA ILUSTRADA, New York, Mai 1891. *Obras Completas* (Band

6), pp. 155–167, Editorial de Ciencias Sociales, La Habana 1975.
www.filosofia.cu/marti/

Martí, José (1975^a): *Obras completas 6*, Editorial de Ciencias sociales, Instituto Cubano del Libro, La Habana.

Martí, José (1975^b): *Obras completas 27*, Editorial de Ciencias sociales, Instituto Cubano del Libro, La Habana.

Opatrný, Josef (1994): “El problema de la nación americana en José Martí”, zit. nach: *Patria*, Nueva York, 16 de Abril de 1893, OC XXII, p.295. In : Ette, Ottmar/ Heydenreich Titus (Hg): “*José Martí 1895/1995 Literatura – Política – Filosofía – Estética*”, 57-66, Vervuert, Frankfurt.

Rodriguez, Pedro Pablo (1994): “El proyecto de José Martí: una opción ante la modernidad.” In : Ette, Ottmar/ Heydenreich Titus (Hg): “*José Martí 1895/1995 Literatura – Política – Filosofía – Estética*”, 103-116, Vervuert, Frankfurt.

Spencer, Herbert (1884): „The Coming Slavery“ in: *The Contemporary Review*, S. 474 ff, London.



Institut für Regional- und Umweltwirtschaft
Wirtschaftsuniversität Wien
Institutsvorstand: o.Univ.Prof. Edward M. Bergman, PhD

Nordbergstraße 15
A-1090 Wien, Austria

Tel.: +43-1-31336/4777 Fax: +43-1-31336/705 E-Mail: sre@wu-wien.ac.at
<http://www.wu-wien.ac.at/inst/sre>